

HANNO KUBE

Finanzgewalt in der Kompetenzordnung

Jus Publicum

110

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 110



Hanno Kube

Finanzgewalt in der Kompetenzordnung

Mohr Siebeck

Hanno Kube, geboren 1970; 1989–1994 Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten Heidelberg und Genf; 1994 Erstes Juristisches Staatsexamen; 1994–1995 LL.M.-Programm, Cornell University, New York; 1995–1996 und seit 1999 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Finanz- und Steuerrecht der Universität Heidelberg; 1996–1998 Rechtsreferendariat; 1998 Zweites Juristisches Staatsexamen, Promotion an der Universität Heidelberg und Visiting Scholar an der University of California at Berkeley; 2001 Jean Monnet Fellow, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz; 2003 Habilitation an der Universität Heidelberg (Lehrbefugnis für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht, Europarecht); zur Zeit Lehrstuhlvertretung an der Universität Heidelberg.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

978-3-16-157981-3 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148385-5

ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Garamond Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Die hoheitliche Finanzgewalt untergliedert sich in die Einnahmen-, die Aufgaben- und die Ausgabengewalt. Diese Gewalten sind rechtlich vielfach miteinander verknüpft, greifen in jüngerer Zeit aber auch verstärkt ineinander über. Die Übergriffe beruhen in erster Linie auf dem Einsatz von Lenkungssteuern, ausgedehnten entgeltenden Abgaben und leistungsgebundenen Haushaltsansätzen. Welche rechtlichen Grenzen diesen Handlungsinstrumenten gesetzt sind, ist Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Die Zusammenschau der Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt erlaubt es dabei, den historisch begründeten, verfassungsrechtlich ausgestalteten hoheitlichen Finanzierungskreislauf in seiner Gesamtheit zu erschließen und effizienzförderliche Entwicklungsperspektiven der Finanzgewalt im Vergleich der kompetenzübergreifenden Handlungsinstrumente zu eröffnen, auch in der überstaatlichen Einbindung. Die Untersuchung mündet in der Entfaltung einer Kompetenzlehre, die Kompetenzzuordnungen sowohl in ihrer befugnisübertragenden als auch in ihrer übergriffsabwehrenden Funktion verdeutlicht. Die Arbeit lag der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg im Wintersemester 2003/2004 als Habilitationsschrift vor. Zur Veröffentlichung wurde sie auf den Stand von Februar 2004 gebracht.

Danken möchte ich an erster Stelle meinem verehrten akademischen Lehrer Herrn Prof. Dr. Paul Kirchhof, der mich während der Jahre, in denen ich an seinem Lehrstuhl tätig war, in einer Weise gefördert hat, wie man es sich nicht anders wünschen könnte. Auch die Entstehung dieses Buches hat er in jeder Hinsicht unterstützt und das Erstgutachten im Habilitationsverfahren erstellt. Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Schmidt-Aßmann danke ich herzlich für die Erstattung des Zweitgutachtens. Herrn Dr. Franz-Peter Gillig bin ich für die Aufnahme des Werks in die Reihe Jus Publicum des Mohr Siebeck Verlags verbunden. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat eine großzügige Druckkostenbeihilfe gewährt.

Heidelberg, im Juni 2004

Hanno Kube

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungen	XXIX
<i>Einleitung</i>	
§ 1 Kompetenzübergriﬀe zwischen der Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt	2
<i>Erster Teil: Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt nach klassischem Bild</i>	
§ 2 Geschichtliche Entwicklung	30
§ 3 Hergebrachte Dogmatik des Grundgesetzes	110
<i>Zweiter Teil: Schwerpunkte finanzhoheitlicher Kompetenzübergriﬀe und ihre rechtliche Würdigung</i>	
§ 4 Lenkungssteuern	216
§ 5 Entgeltende Abgaben	347
§ 6 Leistungsgebundene Haushaltsansätze	454
<i>Dritter Teil: Zusammenschau der Kompetenzübergriﬀe und rechtlichen Würdigungen</i>	
§ 7 Die Ökonomisierung der Finanzgewalt und ihre verfassungs- rechtlichen Grenzen	518
§ 8 Die verallgemeinerte kompetenzrechtliche Übergriﬀsdogmatik	536
§ 9 Lenkungssteuern, entgeltende Abgaben und leistungsgebundene Haushaltsansätze im Vergleich	625
§ 10 Bewährung der Maßstäbe in Beispielfällen	646
§ 11 Kritischer Ausblick: Der privatwirtschaftlich eingebundene Finanzstaat	686
§ 12 Zusammenfassung der Ergebnisse	696
Literatur	747
Register	789

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungen	XXIX

Einleitung

§ 1 Kompetenzübergriebe zwischen der Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt	2
A. Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt als Finanzgewalt in Kompetenzen und Formen	2
B. Kompetenzanknüpfungen und Kompetenzübergriebe	4
C. Problematische Intensivierung von Kompetenzübergrieffen	5
I. Lenkungssteuern	6
II. Entgeltende Abgaben	10
III. Leistungsgebundene Haushaltsansätze	14
IV. Gesamtbefund	18
1. Faktische Annäherung zwischen der Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt im Streben nach Effizienz	18
2. Verfassungsrechtliche Probleme	19
3. Problemverschärfung durch die zunehmende überstaatliche Einbindung der Aufgabengewalt	20
D. Die Aufgabe rechtlicher Maßstababbildung und Begrenzung finanzhoheitlicher Kompetenzübergriebe	20
I. Integrativer Untersuchungsansatz: Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt	20
II. Nachweis der überkommenen Dogmatik der Finanzgewalt	22
III. Einzeluntersuchungen der Kompetenzübergriebe	22
IV. Zusammenschau der Kompetenzübergriebe und rechtlichen Würdigungen	23
1. Die Ökonomisierung der Finanzgewalt und ihre verfassungsrechtlichen Grenzen	23
2. Die Übergrieffsdogmatik	23

3. Vergleich der rechtlichen Würdigungen der einzelnen kompetenzübergreifenden Handlungsinstrumente	24
4. Verfassungsgemäße Finanzgewalt und ihre effizienzförderliche Weiterentwicklung	25
E. Rechtstheoretischer Rahmen	25
I. Die Struktur der Finanzgewalt	25
II. Der Kompetenzübergreif zwischen Recht und Faktizität	26
III. Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit	27
F. Ziel der Untersuchung	28

Erster Teil

Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt nach klassischem Bild

§ 2 Geschichtliche Entwicklung	30
A. Die Herausbildung der Unterscheidung von Einnahmen- und Ausgabenkompetenzen in den Handlungsformen des Steuer- und Haushaltsrechts	30
I. Der frühneuzeitliche Ständestaat	30
1. Landesherrliche Kammereinkünfte und Fondswirtschaft	31
2. Ständisches Steuerbewilligungsrecht und ständische Steuerverwaltung	33
3. Die Reichssteuern	37
II. Das absolutistische Zeitalter	38
1. Inhaltliche Schwächung des ständischen Steuerbewilligungsrechts	38
2. Institutionelle Schwächung der Stände	40
3. Die Kameralistik der absoluten Monarchien	41
III. Konstitutionalismus	42
1. Das Vorbild der altlandständischen Finanzkompetenzen	42
2. Wegfall der konkreten Zweckbindung der Steuerbewilligung	45
3. Das Budget als Grundlage der Steuerbewilligung	46
4. Zunehmender Einfluß der Repräsentativvertretungen auf die Budgetplanung	47
5. Periodische Ausgabenbewilligung in Form des Haushaltsgesetzes	52
6. Verstetigte Steuererhebung auf Grundlage von Steuergesetzen	54
7. Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit	56
IV. Die konstitutionelle Entwicklung auf nationaler Ebene seit 1849	60

V. Weimarer Reichsverfassung	62
1. Parlamentarisierung des Regierungssystems	62
2. Erhaltung der Unterscheidungen von Kompetenzen und Formen	63
VI. Anknüpfung durch das Grundgesetz	64
VII. Zusammenfassung	65
B. Die Entwicklung der Aufgabenkompetenz in den Handlungs- formen des Aufgabenrechts	68
I. Der frühneuzeitliche Ständestaat	69
1. Unterschiedlich zugeordnete und ausgeübte aufgaben- bezogene Rechte	69
2. Inhaltliches Mitentscheiden durch Steuerbewilligung und Fondsverwaltung	70
II. Das absolutistische Zeitalter	72
1. Umfassende landesherrliche Aufgabenerfüllung	72
2. Steuer und Haushalt im Dienst der Aufgabenerfüllung	74
III. Konstitutionalismus	77
1. Grundsätzliche monarchische Aufgabenzuständigkeit bei parlamentarischem Gesetzesvorbehalt	77
2. Relatives Zurücktreten außerfiskalischer Steuerzwecke	80
3. Formale Beschränkung der Aufgabenwirksamkeit des Haushaltsgesetzes	82
IV. Die konstitutionelle Entwicklung auf nationaler Ebene seit 1849 .	86
1. Die Reichsgewalt	86
2. Inhaltliche Gestaltung durch Besteuerung und Haushaltsplanung	87
V. Weimarer Reichsverfassung	89
1. Das allgemeine Parlamentsgesetz	89
2. Positive Einschätzung außerfiskalischer Steuerzwecke im Rahmen der Nebenzwecklehre	91
3. Uneinigkeit über die dogmatische Einordnung des Haushaltsgesetzes	93
VI. Anknüpfung durch das Grundgesetz	95
1. Ausweitung des Bereichs des Rechts	95
2. Fortwirken der Lehre von den steuerlichen Nebenzwecken . . .	97
3. Inhaltliche Beschränkung der Aufgabenwirksamkeit des Haushalts	97
VII. Zusammenfassung	99
C. Ausbildung und Verschränkung von Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt	104
I. Ausdifferenzierung der drei Gewalten	104

II. Wechselverhältnis von Kompetenzen und Handlungsformen . . .	105
III. Kompetenzübergriffe	105
IV. Entwicklungsschwerpunkte	106
1. Übergang konkreter Finanzierungszwecke vom Steuerrecht zum Haushaltsrecht	106
2. Zurücktreten haushaltsrechtlicher hinter aufgabenrechtliche Finanzierungszwecke	107
3. Zusammenschau	108
V. Die grundlegende Bedeutung der historischen Entwicklung	108
 § 3 Hergebrachte Dogmatik des Grundgesetzes	 110
A. Einnahmenkompetenz und die hoheitlichen Handlungsformen des Steuerrechts	 110
I. Anknüpfung durch den Verfassungsgeber	110
II. Verfassungsrechtliche Einnahmenkompetenz	111
1. Einnahmengesetzgebung	111
2. Einnahmenverwaltung	112
3. Einnahmenrechtsprechung	113
4. Ertragszuordnung	114
5. Numerus clausus der verfassungsgemäßen Steuerarten?	114
6. Das Prinzip der Steuerstaatlichkeit	116
III. Die hoheitlichen Handlungsformen des Steuerrechts und ihre verfassungsrechtliche Einbindung	 119
1. Der Verfassungstatbestand der Steuer	119
a. § 3 Abs. 1 AO 1977 als Auslegungshilfe	119
b. Die Tatbestandsmäßigkeit steuerlicher Lenkungsziele und -wirkungen	121
2. Verbindlichkeit und Außenwirkung	124
3. Gesetz, Rechtsverordnung, Verwaltungsakt, Satzung, Verwaltungsvorschrift	125
4. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	127
a. Grundrechte, Rechtsstaatsprinzip, Demokratieprinzip	127
b. Steuerrechtliches Legalitätsprinzip	128
c. Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit	130
aa. Steuerrechtfertigung und Leistungsfähigkeitsprinzip . .	130
bb. Der verfassungsrechtliche Geltungsgrund des Leistungsfähigkeitsprinzips	131
cc. Ausgestaltung eines leistungsfähigkeitsgemäßen Steuersystems	135
dd. Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, Besteuerungsziele und Besteuerungswirkungen	137
d. Regel- und Prinzipiengeltung	138

IV. Verknüpfungen mit der Aufgaben- und der Ausgabengewalt ...	140
1. Verfassungsgemäße rechtliche Anknüpfungen im Steuerrecht	140
2. Nicht zurechenbare Abhängigkeiten der Einnahmengewalt ..	143
3. Kompetenzübergriffe der steuerrechtlichen Handlungs- formen	144
V. Zusammenfassung	145
B. Aufgabenkompetenz und die hoheitlichen Handlungsformen des Aufgabenrechts	150
I. Anknüpfung durch den Verfassungsgeber	150
II. Verfassungsrechtliche Aufgabenkompetenz	151
1. Aufgabengesetzgebung	151
2. Aufgabenverwaltung	153
3. Aufgabenrechtsprechung	155
III. Die hoheitlichen Handlungsformen des Aufgabenrechts und ihre verfassungsrechtliche Einbindung	155
1. Die Allgemeinheit des Aufgabenrechts	155
2. Verbindlichkeit und Außenwirkung	156
3. Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung, Verwaltungsakt, Verwaltungsvorschrift	158
4. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	160
a. Grundrechte, Rechtsstaatsprinzip, Demokratieprinzip ...	161
b. Gesetzesvorbehalt und Gesetzesvorrang	161
c. Zur materiellen Bedeutung der Aufgabenkompetenzen ...	164
d. Regel- und Prinzipiengeltung	166
IV. Verknüpfungen mit der Einnahmen- und der Ausgabengewalt ..	167
1. Verfassungsgemäße rechtliche Anknüpfungen im Aufgabenrecht	167
2. Nicht zurechenbare Abhängigkeiten der Aufgabengewalt ...	170
3. Kompetenzübergriffe der aufgabenrechtlichen Handlungsformen	171
V. Zusammenfassung	174
C. Ausgabenkompetenz und die hoheitlichen Handlungsformen des Haushaltsrechts	178
I. Anknüpfung durch den Verfassungsgeber	178
II. Verfassungsrechtliche Ausgabenkompetenz	180
1. Lastenordnung	180
2. Ausgabengesetzgebung	183
3. Ausgabenverwaltung	184
4. Ausgabenrechtsprechung	184
III. Die hoheitlichen Handlungsformen des Haushaltsrechts und ihre verfassungsrechtliche Einbindung	184

1. Der Haushaltsbezug des Haushaltsrechts	184
2. Verbindliche Ermächtigung und Innenwirkung	186
3. Haushaltsgrundsätzegegesetz, Haushaltsordnung, Haushaltsgesetz, Haushaltsplan, Haushaltsbewirtschaftung ..	188
4. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	190
a. Rechtsstaatsprinzip und Demokratieprinzip	190
b. Wirkungsbeschränkungen von Haushaltsgesetz und Haushaltsplan	191
aa. Verbot der Bepackung des Haushaltsgesetzes	191
bb. Ermächtigungswirkung des Haushaltsplans	193
cc. Innenwirkung des Haushaltsplans	194
c. Grundrechtsgeltung?	195
d. Haushaltsgrundsätze	196
aa. Vollständigkeit und Einheit des Haushaltsplans	197
bb. Wirtschaftlichkeit	198
e. Regel- und Prinzipiengeltung	199
IV. Verknüpfungen mit der Einnahmen- und der Aufgabengewalt ..	200
1. Verfassungsgemäße rechtliche Anknüpfungen im Haushaltsrecht	200
2. Nicht zurechenbare Abhängigkeiten der Aufgabengewalt ...	201
3. Kompetenzübergriffe der haushaltsrechtlichen Handlungsformen	201
V. Zusammenfassung	204
D. Kompetenzen, Handlungsformen und Kompetenzübergriffe unter dem Grundgesetz	209
I. Historische Anknüpfung und dogmatische Tragfähigkeit der Unterscheidung zwischen Einnahmen-, Aufgaben- und Aufgabengewalt	209
II. Der dogmatische Zusammenhang zwischen Kompetenz, Rechtsmaterie, Handlungsform, Rechtswirkung und Rechtmäßigkeitsmaßstab im einzelnen Gewaltbereich	209
III. Finanzgewalt nach verfassungsrechtlichem Bild	211
IV. Die Kompetenzübergriffe als Anknüpfungspunkte einer grundlagengerechten Abgrenzung von Kompetenzen und Handlungsformen	213

Zweiter Teil

Schwerpunkte finanzhoheitlicher Kompetenzübergriffe
und ihre rechtliche Würdigung

§ 4	Lenkungssteuern	216
	A. Lenkungssteuern in ihrer Aufgabenwirksamkeit	216
	I. Befund	216
	1. Der Tatbestand der Lenkungssteuer in ihrer Aufgaben- wirksamkeit: Die indizgebende Abweichung vom Leistungs- fähigkeitsprinzip	216
	2. Lenkungszwecke: Umverteilung und ökonomisierte Verhaltenslenkung	218
	3. Motiv aufgabenwirksamer Besteuerung: Effiziente Aufgabenerfüllung	219
	4. Lenkende Ausgestaltungen des Steuersystems	222
	a. Lenkungsinhalte im einzelnen	222
	b. Ausgestaltungsformen	223
	c. Abgrenzung zur Fiskalzweckbesteuerung	224
	5. Entwicklungsdynamik	225
	II. Rechtliche Würdigung	226
	1. Rechtsstaatlichkeit	227
	a. Das Erfordernis formell rechtsstaatlicher Tatbestands- klarheit	227
	b. Grenzen der Lenkungsbesteuerung aus den Grundrechten	230
	aa. Freiheitsgrundrechte	230
	aaa. Die Freiheitserheblichkeit steuerrechtlicher Lenkung	230
	bbb. Einzelgrundrechte; rechtsstaatlicher Gesetzes- vorbehalt	232
	ccc. Die Pflicht zur angemessenen Formenwahl	236
	bb. Grundrechtliche Gleichheit	237
	aaa. Der rechtfertigende Grund der Ungleich- behandlung	237
	bbb. Gleichheit im steuerrechtlichen Ordnungs- zusammenhang	239
	c. Eigene rechtsstaatliche Gehalte der Lenkungsbesteuerung?	242
	aa. Zur Lenkungssteuer als milderem Mittel	242
	bb. Lenkungssteuerliche Effizienz	243
	cc. Verbessertes Rechtsschutz?	245
	d. Fazit: Die Lenkungssteuer im Rechtsstaat	246
	2. Horizontale Funktionenordnung	249
	a. Parlamentarische Selbstentäußerung von Aufgaben- verantwortung; demokratischer Gesetzesvorbehalt	249

b. Weitere rechtsstaats- und demokratieerhebliche Zuständigkeitsprobleme	252
c. Eigene demokratische Gehalte der Lenkungsbesteuerung?	253
d. Fazit: Die Lenkungsteuer in der horizontalen Funktionenordnung	254
3. Vertikale Gewaltenteilung	256
a. Lenkungssteuern im Bund/Länder-Verhältnis	256
aa. Klassische Ansätze zur Lösung des Konflikts legislativer Kompetenzen	256
bb. Rechtsstaatliche Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	260
cc. Würdigung der Lösungsansätze	262
aaa. Die Lenkungsteuer auf einnahmenkompetenzieller Grundlage	262
bbb. Die Kompetenzausübungsschranke der Übergriffsintensität	263
ccc. Übergriffsintensität als Maßstab rechtswidrigen Kompetenzmißbrauchs	270
ddd. Widerspruchsfreiheit als Indiz fehlender eigenständiger, grundlegend planender Gestaltung	271
dd. Zwischenergebnis	276
b. Lenkungssteuern und EG-Recht	278
aa. Geringer Umfang EG-rechtlicher Steuerharmonisierung	279
bb. Die Bedeutung anderer EG-rechtlicher Vorschriften für die mitgliedstaatliche Lenkungsbesteuerung	281
cc. Insbesondere: Die Beihilfenkontrolle gemäß Art. 87 ff. EG	284
aaa. Entwicklung der Anwendung der Art. 87 ff. EG auf Steuervergünstigungen	285
bbb. Die Dogmatik der Anwendung	286
ccc. Mitteilung der Kommission von Dezember 1998	289
ddd. Ausnahmen, Verfahren	292
dd. Dogmatische Anlage hoher Kontrollintensität	293
c. Lenkungssteuern und WTO-Völkerrecht	294
aa. Das Subventionskontrollrecht der WTO	295
bb. Steuervergünstigungen als Subventionen	297
cc. Strukturelle Ähnlichkeit zum EG-Recht	299
d. Anwendbarkeit der Übergriffsdogmatik in der überstaatlichen Einbindung	301
e. Fazit: Die Lenkungsteuer in der mehrstufigen Hoheitsordnung	303
III. Ergebnis	305

B. Lenkungssteuern in ihrer Ausgabenwirksamkeit	309
I. Befund	309
1. Die Abweichung vom Leistungsfähigkeitsprinzip als Indiz tatsächlicher Mittelbereitstellung: Die Verschonungs- subvention	309
2. Ergänzende Motive ausgabenwirksamer Besteuerung	311
3. Entwicklungsdynamik	312
II. Rechtliche Würdigung	313
1. Rechtsstaatlichkeit	313
a. Formell rechtsstaatliche Tatbestandsklarheit auch im Innenrecht	313
b. Gleichheitsgerechte Mittelbewirtschaftung im steuer- finanzierten Staat	314
c. Die Anforderung des Wirtschaftlichkeitsprinzips	316
d. Fazit: Die ausgabenwirksame Verschonungs- subvention im Rechtsstaat	317
2. Horizontale Funktionenordnung	318
a. Parlamentarische Selbstentäußerung von Ausgaben- verantwortung	319
b. Weitere rechtsstaats- und demokratieerhebliche Zuständigkeitsprobleme	322
c. Fazit: Die ausgabenwirksame Verschonungssubvention in der horizontalen Funktionenordnung	324
3. Vertikale Gewaltenteilung	324
a. Verschonungssubventionen im Bund/Länder-Verhältnis ..	325
aa. Modifizierte Zuordnung aufgabenbezogener Finanzierungslasten	325
bb. Anwendbarkeit der Übergriffsdogmatik	326
cc. Zulässige Intensität des Übergriffs in die Ausgabengewalt	327
b. Verschonungssubventionen und überstaatliches Recht	329
aa. Keine unzulässige Übergriffsintensität im Verhältnis zu überstaatlichen Einrichtungen	329
bb. Überstaatliche Anforderungen an die nationale Ausgabengewalt	331
c. Fazit: Die ausgabenwirksame Verschonungssubvention in der mehrstufigen Hoheitsordnung	331
III. Ergebnis	333
C. Auswirkungen von Lenkungssteuern auf die Einnahmengewalt ...	336
I. Befund	336
II. Rechtliche Würdigung	336
1. Rechtsstaatlichkeit der Einnahmengewalt	336

2. Die Einnahmengewalt in der horizontalen Funktionenordnung	337
3. Die Einnahmengewalt in der vertikalen Gewaltenteilung	338
a. Kompetenzausübungsschranken aus Art. 106 GG	338
b. Keine wesentliche Berührung des EG-Eigenmittelsystems .	341
III. Ergebnis	342
D. Lenkungssteuern und Gewaltenordnung	343
§ 5 Entgeltende Abgaben	347
A. Entgeltende Abgaben in ihrer Einnahmenwirksamkeit.....	347
I. Befund	347
1. Der Tatbestand der zunehmenden entgeltenden Abgaben in ihrer Einnahmenwirksamkeit	347
a. Vollendung eines Verwaltungsprogramms	347
b. Die zunehmende abgabenstaatliche Individualisierung als Indiz gesteigerter Einnahmenwirksamkeit	352
2. Motiv einnahmenwirksamer Abgabenerhebung: Erweiterung der eigenen allgemeinen Finanzausstattung.....	355
3. Beispiele neuer entgeltender Abgaben	356
4. Entwicklungsdynamik	360
II. Rechtliche Würdigung	361
1. Rechtsstaatlichkeit	362
a. Klarheit und Berechenbarkeit des finanzstaatlichen Eingriffs	362
b. Grundrechtsschutz im vermögensrechtlichen Bereich.....	365
aa. Die grundrechtliche Problematik abgaben- rechtlicher Einnahmenwirksamkeit	365
bb. Umfang und Grenzen grundrechtlicher Recht- fertigungsfähigkeit	367
c. Fazit: Einnahmenwirksame entgeltende Abgaben im Rechtsstaat	370
2. Horizontale Funktionenordnung	372
a. Parlamentarische Selbstentäußerung von Einnahmen- verantwortung	372
b. Weitere rechtsstaats- und demokratieerhebliche Zuständigkeitsprobleme	374
c. Eigene demokratische Gehalte einnahmenwirksamer entgeltender Abgaben?	375
d. Fazit: Einnahmenwirksame entgeltende Abgaben in der horizontalen Funktionenordnung	376
3. Vertikale Gewaltenteilung	377
a. Einnahmenwirksame entgeltende Abgaben im Bund/Länder-Verhältnis	377

aa. Hinreichen der Aufgabengesetzgebungskompetenz . . .	377
bb. Anwendbarkeit der Übergriffsdogmatik	379
cc. Ergänzende Kompetenzausübungsschranken aus Art. 106 GG	384
b. Einnahmenwirksame entgeltende Abgaben im Verhältnis zwischen staatlichem und überstaatlichem Recht	389
c. Fazit: Einnahmenwirksame entgeltende Abgaben in der vertikalen Gewaltenteilung	390
III. Ergebnis	392
B. Entgeltende Abgaben in ihrer Ausgabenwirksamkeit	397
I. Befund	397
1. Materielle Ausgaben durch vergünstigende entgeltende Abgabenerhebungen und in sonderabgabenrechtlichen Finanzierungskreisläufen	397
2. Ergänzende Motive ausgabenwirksamer Abgaben- erhebung	402
3. Entwicklungsdynamik	402
II. Rechtliche Würdigung	403
1. Rechtsstaatlichkeit	403
2. Horizontale Funktionenordnung	403
3. Vertikale Gewaltenteilung	405
a. Keine unzulässige Übergriffsintensität im Bund/Länder-Verhältnis	405
b. Keine unzulässige Übergriffsintensität im Verhältnis zu überstaatlichen Einrichtungen	407
III. Ergebnis	408
C. Auswirkungen entgeltender Abgaben auf die Aufgabengewalt	411
I. Befund	411
1. Von der Vollendung eines Verwaltungsprogramms zu seiner Ökonomisierung	411
2. Aufgabenbezogenes Motiv zunehmender entgeltender Abgabenerhebung: Effiziente Aufgabenerfüllung	414
3. Entwicklungsdynamik	416
II. Rechtliche Würdigung	416
1. Rechtsstaatlichkeit der Aufgabengewalt	416
a. Rechtstreue Aufgabenerfüllung und ihre ökonomische Verfälschung	416
b. Gefährdung von Freiheit und Gleichheit	418
aa. Abgabenrechtliche Zugangshürden zu Verhaltensfreiheiten	418
bb. Ungleiche Freiheit nach der Entgeltfähigkeit	423

cc. Gleichheit und Freiheit innerhalb staatlich originär geschaffener Einrichtungen	424
dd. Lenkungsabgaben	427
c. Fazit: Auswirkungen zunehmender entgeltender Abgaben auf die Rechtsstaatlichkeit der Aufgabengewalt . .	432
2. Die Aufgabengewalt in der horizontalen Funktionen- ordnung	434
3. Die Aufgabengewalt in der vertikalen Gewaltenteilung	435
a. Die Aufgabengewalt im Bund/Länder-Verhältnis	435
b. Die Aufgabengewalt im Verhältnis zwischen Staat und überstaatlichen Rechtsträgern	438
III. Ergebnis	440
D. Entgeltende Abgaben und Gewaltenordnung	443
E. Die Zunahme der Zwecksteuern	447
I. Ausnahme vom Prinzip der Non-Affektation	447
II. Parallelen und Unterschiede zu entgeltenden Abgaben	449
III. Fehlende direkte Wirkung im anderen Kompetenzbereich, rechtliche Anknüpfung oder Kompetenzübergreif?	450
IV. Maßstab der rechtlichen Anknüpfung	452
§ 6 Leistungsgebundene Haushaltsansätze	454
A. Leistungsgebundene Haushaltsansätze in ihrer Aufgabenwirksamkeit	454
I. Befund	454
1. Der Tatbestand des leistungsgebundenen Haushaltsansatzes in seiner Aufgabenwirksamkeit	454
a. Von der allein mittelbereitstellenden zur leistungs- gebundenen Titelveranschlagung: § 6a HGrG	454
b. Die Aufgabenwirksamkeit der haushaltsgesetzlichen Leistungsbindung: Indizgebende Abweichung vom Bepackungsverbot	459
c. Eine weitere Form finanzhoheitlicher Ökonomisierung . .	463
2. Motiv aufgabenwirksamer Haushaltsansätze: Effiziente Aufgabenerfüllung	464
3. Leistungsgebundene Haushaltsansätze in der Haushaltspraxis	465
4. Entwicklungsdynamik	469
II. Rechtliche Würdigung	470
1. Rechtsstaatlichkeit	471
a. Voraussehbarkeit und Grundrechtsschutz	471

b. Ökonomische Verfälschung der rechtstreuen Aufgabenerfüllung? – Die Interpretations- und Konkretisierungsfunktion des leistungsgebundenen Haushalts	472
c. Eigene rechtsstaatliche Gehalte leistungsgebundener Haushaltsansätze	476
2. Horizontale Funktionenordnung	476
a. Parlamentarische Selbstentäußerung von Aufgabenverantwortung? – Chancen einer Stabilisierung parlamentarischer Entscheidungs rationalität	476
b. Weitere rechtsstaats- und demokratieerhebliche Zuständigkeitsprobleme?	482
3. Vertikale Gewaltenteilung	484
a. Der leistungsgebundene Haushaltsansatz im Bund/Länder-Verhältnis	484
aa. Hinreichen der Ausgabenkompetenz	484
bb. Anwendbarkeit der Übergriffsdogmatik – Die mögliche effizienzförderliche Scharnierfunktion des leistungsgebundenen Haushaltsansatzes im föderalen Zusammenwirken	486
b. Der leistungsgebundene Haushaltsansatz und EG-Recht/WTO-Völkerrecht	491
aa. Überstaatliche Anforderungen an staatliche leistungsgebundene Haushaltsansätze	491
bb. Leistungsdefinitionen in den Haushalten überstaatlicher Rechtsträger – Zulässigkeitsgrenzen nach der Übergriffsdogmatik	493
III. Ergebnis	495
B. Einnahmewirksamkeit leistungsgebundener Haushaltsansätze? ..	501
C. Auswirkungen leistungsgebundener Haushaltsansätze im Rahmen flexibilisierter Titelstrukturen auf die Ausgabengewalt ..	502
I. Befund	502
II. Rechtliche Würdigung	503
1. Rechtsstaatlichkeit der Ausgabengewalt	503
2. Die Ausgabengewalt in der horizontalen Funktionenordnung ..	504
a. Parlamentarische Selbstentäußerung von Ausgabenverantwortung? – Chancen einer Stärkung parlamentarischer Ausgabenverantwortung	504
b. Exekutive Ausgabenverantwortung	508
3. Die Ausgabengewalt in der vertikalen Gewaltenteilung	510
III. Ergebnis	511
D. Leistungsgebundene Haushaltsansätze und Gewaltenordnung ...	512

Dritter Teil

Zusammenschau der Kompetenzübergriffe
und rechtlichen Würdigungen

§ 7	Die Ökonomisierung der Finanzgewalt und ihre verfassungs- rechtlichen Grenzen	518
	A. Die Ökonomisierung der Finanzgewalt – Die Ökonomisierung des Staates	518
	I. Der Verfassungsstaat als wirtschaftender Staat	518
	II. Ökonomisierung des finanzhoheitlichen Handelns	519
	1. Zunehmende Dominanz des Effizienzmotivs	519
	2. Vom wirtschaftenden zum ökonomisierten Staat	520
	3. Faktische Annäherung zwischen der Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt	522
	4. Verlust an Kompetenz- und Formenstrengung	523
	B. Die Rechtsfigur des mittelbaren Wirksamwerdens	524
	I. Gewaltenannäherung durch mittelbares Wirksamwerden.....	524
	II. Bereichsspezifische Feststellung des mittelbaren Wirksamwerdens	525
	III. Gebot einer extensiven Auslegung des mittelbaren Wirksamwerdens	526
	IV. Die grundsätzliche Rechtserheblichkeit des mittelbaren Wirksamwerdens – Die notwendig materielle Perspektive in allen Mißbrauchs- und Kopplungsfällen	526
	V. Konkretisierung der Rechtserheblichkeit im jeweiligen Anforderungsrahmen	527
	C. Verfassungsrechtliche Anforderungen – Zur Tragfähigkeit aktueller dogmatischer Entwicklungen	528
	I. Rechtsstaatlichkeit im Verhältnis von Staat und Bürger	528
	II. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der horizontalen Funktionenordnung	530
	III. Kompetenzzuordnung in der vertikalen Gewaltenteilung – Ausgangspunkt der kompetenzrechtlichen Übergriffsdogmatik .	534
§ 8	Die verallgemeinerte kompetenzrechtliche Übergriffsdogmatik ..	536
	A. Der Kompetenzübergriff	536
	I. Einnahmen, Aufgaben und Ausgaben als grundsätzlich ausschließliche Befassungsgegenstände der Art. 105 ff., Art. 30, 70 ff., 83 ff. und Art. 104a, 109 GG	536

II. Materielle Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabenbegriffe als Feststellungsgrundlage mittelbarer Rechtswirkungen	537
III. Die Feststellung des Kompetenzübergriﬀs	539
1. Ausschuﬀtatbestände	539
a. Fehlende direkte Wirkungen in einem anderen Kompetenzbereich	540
b. VerfassungsgemäÙe rechtliche Anknüpfungen	540
c. Nicht zurechenbare Wirkungen faktischen Ursprungs	542
2. Die Wirkungskopplung als Kompetenzübergriﬀ	543
a. Indizgebende Bedeutung der Abweichung von RechtmäÙigkeitsprinzipien	543
b. Legislativer Gestaltungsraum	544
c. Auslegung der Kompetenzen und ihrer Ausübung	545
aa. Im Verhältnis zwischen den finanzhoheitlichen Kompetenzbereichen	545
bb. Innerhalb eines finanzhoheitlichen Kompetenzbereichs	546
B. Schranken des Kompetenzübergriﬀs in der Struktur der Finanzgewalt	547
I. Rechtszuordnung und Rechtsverwehrung durch die vertikalen finanzhoheitlichen Kompetenzzuweisungen	547
1. Die doppelte Bedeutung der Ausschließlichkeit jeder Kompetenzzuweisung	547
2. Die Unerheblichkeit der Handlungsinstrumente für die Rechtsverwehrung	548
3. Die Unerheblichkeit der Kompetenzträgerschaft für die Rechtsverwehrung	549
II. Die kompetenzrechtliche Kompetenzausübungsschranke als RechtmäÙigkeitsanforderung	551
III. Der Maßstab der Übergriﬀsintensität und seine Konkretisierung	554
1. Funktionsgerechte Kompetenzeneinheit	554
2. Hilfskriterien zur näheren Bestimmung der zulässigen Übergriﬀsintensität	556
a. Kompetenzauslegung	556
aa. Im Verhältnis zwischen den finanzhoheitlichen Kompetenzbereichen	556
bb. Innerhalb eines finanzhoheitlichen Kompetenzbereichs	557
b. Haupt- und Nebenzwecke	557
c. Die planmäßige, eigenständige, grundlegende Strukturierung	558
aa. Objektive Wirkungsstärke – Auch zum Kumulationsproblem	559

bb. Berührung eigener oder fremder Kompetenzen – Auch zum Konkretisierungsproblem	560
cc. Abweichung von bestehender fremder Ausgestaltung .	564
3. Effizienz und weitere Gemeinwohlzwecke als schranken- erweiternde Belange?	565
IV. Anwendungsrahmen der Übergriffsdogmatik	569
1. Anwendung auf die Aufgabenwirksamkeit der Lenkungssteuer	569
2. Anwendung auf alle anderen Übergriffswirkungen in der Struktur der Finanzgewalt	569
C. Die kompetenzrechtliche Kompetenzausübungsschranke als Vermittlerin zwischen Kompetenz und Rechtmäßigkeit	571
I. Einordnung der kompetenzrechtlichen Kompetenz- ausübungsschranke	571
1. Kompetenz und Rechtmäßigkeit als strikt getrennte Kategorien	571
2. Kompetenzübergriffe nach dem Indiz von Prinzipien- abweichungen	572
3. Rechtmäßigkeit nach Maßgabe der Kompetenzordnungen ...	573
4. Anforderung an legislatives und exekutives Handeln	573
5. Ein materielles Kompetenzverständnis?	574
II. Verfassungsprozessuale Berücksichtigung kompetenzrechtlicher Kompetenzausübungsschranken	576
1. Individualverfassungsbeschwerde	577
2. Verfahren prinzipialer Normprüfung	578
3. Bund/Länder-Streit	578
a. Ähnlichkeiten und Unterschiede zur Dogmatik des mittelbaren Grundrechtseingriffs	578
b. Abwehrgehalt der kompetenzrechtlichen Berechtigung ...	579
4. Organstreit	583
III. Der Beitrag der kompetenzrechtlichen Kompetenzausübungs- schranken zur Rechtmäßigkeit des Staatshandelns	585
1. Gewährleistung der einzelnen Kompetenzzuweisungen im Verhältnis zwischen Bund und Ländern	585
2. Gewährleistung der kompetenz- und formenrechtlichen Aufgliederung der Finanzgewalt	585
3. Zusätzliche Absicherung von Rechtsstaatlichkeit und horizontaler Funktionenordnung	587
IV. Grundlagengerechte Abgrenzung der finanzhoheitlichen Kompetenzen und Handlungsformen	588
1. Zunehmende Maßstabverengung auf die materielle Rechtsstaatlichkeit	588

2. Der Maßstabgehalt der Kompetenzordnung	589
3. Die Stabilisierung der ökonomisierten Finanzgewalt durch die Konzentrierung des finanzhoheitlichen Handelns auf rechtsprinzipiengemäße Kompetenzausübungen – Das Nebeneinander der Kompetenzkerne	589
D. Die kompetenzrechtliche Übergriffsdogmatik in der überstaatlichen Einbindung	591
I. Anwendbarkeit der Übergriffsdogmatik	591
1. Die Rechtsnatur der überstaatlich eingebundenen Kompetenzen	591
2. Die Einordnung als einnahmen-, aufgaben- und ausgabenbezogen	593
3. Funktionelle Kompetenzeneinheit und begrenzt zulässige Übergriffsintensitäten auch in der überstaatlichen Einbindung	594
4. Die Symmetrie der Übergriffsdogmatik	597
5. Konkretisierung im Bereich der Finanzgewalt	597
a. Nationale Steuern und überstaatliche Wettbewerbskontrolle	598
b. Nationale entgeltende Abgaben und überstaatliche Wettbewerbskontrolle	600
c. Nationale Haushaltsansätze und überstaatliches Aufgabenrecht	602
II. Verschiedene EG- und WTO-rechtsdogmatische Ansätze zur Gewaltenabstimmung im Licht der kompetenzrechtlichen Übergriffsdogmatik	603
1. Die Übergriffsdogmatik entfaltende Ansätze im überstaatlichen Wettbewerbsrecht	603
a. Die gewaltenabstimmende Auslegung der wettbewerbsrechtlichen Grundtatbestände – Insbesondere zur Anreicherung der Art. 87 Abs. 1 EG und Art. 1 WTO-Subventionsabkommen durch das Leistungsfähigkeits- und das Äquivalenzprinzip	603
b. Die gewaltenabstimmende Auslegung der wettbewerbsrechtlichen Ausnahmevorschriften (insbesondere Art. 87 Abs. 2 und 3, Art. 81 Abs. 3 und Art. 86 Abs. 2 i.V.m. Art. 16 EG)	606
2. Die besondere Stellung der Ansätze im Recht der EG-rechtlichen Grundfreiheiten und der sonstigen überstaatlichen Diskriminierungsverbote	607
a. Grundfreiheiten und sonstige Diskriminierungsverbote als Kompetenzausübungsschranken und als Elemente überstaatlicher Aufgabengewalt	607

b. Die gewaltenabstimmende Auslegung der Grundtatbestände – Insbesondere zur Bildung der Vergleichsgruppen	609
c. Gewaltenabstimmung auf Rechtfertigungsebene	611
3. Über die Übergriffsdogmatik hinausgehende Ansätze	612
4. Pragmatisches Nebeneinander der Ansätze	614
III. Die Finanzgewalt als Referenzgebiet zur weiteren Entfaltung einer überstaatlich eingebundenen Kompetenzen- und Formenlehre	615
1. Die Unterscheidung zwischen der Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt im Bundesstaat und in der überstaatlichen Einbindung	615
2. Übergriffsmildernde Zusammenführungen von Kompetenzen bei Hoheitsträgern?	616
3. Kohärente Kompetenzabgrenzungen auch in der überstaatlichen Einbindung der Finanzgewalt.	616
4. Überstaatliches Recht und verfassungsrechtliche Gemeinwohlwertungen – Soziale Belange in der globalen Wettbewerbsordnung	618
5. Verallgemeinerung der Übergriffsdogmatik in der überstaatlichen Einbindung – Die besondere Herausforderung der Abgrenzungen im Binnenbereich der Ausgabengewalt . . .	619
E. Kompetenzübergriffe zwischen der Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt und in den Binnenbereichen dieser Gewalten . . .	620
I. Die inhaltliche Untergliederung der Finanzgewalt als Auslegungshilfe	620
II. Zum eigenständigen Geltungsanspruch von Kompetenzen im Binnenbereich der Ausgabengewalt	621
III. Der Gegenstandsbezug des Kompetenzrechts	623
§ 9 Lenkungssteuern, entgeltende Abgaben und leistungsgebundene Haushaltsansätze im Vergleich	625
A. Strukturelle Parallelen in den Befunden	625
I. Die Abweichungsoffenheit des prinzipiengeprägten Finanzrechts	625
II. Das Streben nach ökonomischer Effizienz	626
B. Vergleich der tatsächlichen und rechtlichen Entwicklungsdynamiken	627
C. Zur jeweiligen Wirkungskraft der einzelnen Verfassungsmaßstäbe	629
D. Unterschiede in den verfassungsgemäßen Entwicklungsperspektiven	631

I. Die gebotene Isolierung der Einnahmengewalt	632
1. Grundsätzliche verfassungsrechtliche Mißbilligung von Lenkungssteuern und zunehmenden entgeltenden Abgaben ..	632
2. Historische Kontinuität in den Verfassungswertungen	635
II. Die mögliche Annäherung zwischen der Aufgaben- und der Ausgabengewalt	637
1. Aufgabeninterpretation und -konkretisierung durch leistungsgebundene Haushaltsansätze	637
2. Historische Kontingenz dieser Gewaltenaufgliederung	639
E. Ergebnis: Perspektiven binnenhoheitlicher Effizienzsteigerung...	641
§ 10 Bewährung der Maßstäbe in Beispielfällen	646
A. Die steuerrechtliche Vergünstigung des § 82a EStDV	646
I. Regelungsgehalt des § 82a EStDV	646
II. Zulässigkeit in der Aufgabenwirksamkeit	647
III. Zulässigkeit in der Ausgabenwirksamkeit	653
IV. Zulässigkeit in den Auswirkungen auf die Einnahmengewalt ...	657
B. Die aufgabenrechtliche Versteigerung der UMTS-Lizenzen nach § 11 TKG	660
I. Die UMTS-Lizenzversteigerung nach § 11 TKG	660
II. Zulässigkeit in der Einnahmenwirksamkeit	663
III. Mangelnde Ausgabenwirksamkeit	672
IV. Zulässigkeit in den Auswirkungen auf die Aufgabengewalt	673
C. Die haushaltsrechtliche Leistungsbindung gemäß § 6a HGrG	677
I. Ein hypothetischer leistungsgebundener Haushaltsansatz nach § 6a HGrG	677
II. Zulässigkeit in der Aufgabenwirksamkeit	679
III. Mangelnde Einnahmenwirksamkeit	682
IV. Zulässigkeit in den Auswirkungen auf die Ausgabengewalt	683
§ 11 Kritischer Ausblick: Der privatwirtschaftlich eingebundene Finanzstaat	686
A. Die zunehmende Relativierung der Grenze zwischen Finanzstaat und Privatwirtschaft	686
I. Privatwirtschaftliche Rationalität des Finanzstaates	686
II. Privatisierung finanzierungsbedürftiger Gemeinwohlaufgaben ..	687
III. Indienstnahme des Privaten als Financier: Die Quersubvention ..	688
B. Finanzverfassungsrechtliche Erheblichkeit	690

I. Materielle Betrachtung finanzstaatlicher Regelungswirkungen auch in der privatwirtschaftlichen Einbindung	690
II. Der Geltungsanspruch der finanzverfassungsrechtlichen Maßstäbe	690
III. Negativabgrenzung – Insbesondere die Aufopferungslage	693
C. Transferechtigkeit	695
§ 12 Zusammenfassung der Ergebnisse	696
Literatur	747
Register	789

Abkürzungen

a.A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Bad.-Württ.	Baden-Württemberg
BB	Betriebsberater
BBergG	Bundesberggesetz
Bd.	Band
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
CMLR	Common Market Law Review
CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe; dieselben
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drs.	Drucksache
DStJ/G	Veröffentlichungen der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft e.V.
DStR	Deutsches Steuerrecht

DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EG	Europäische Gemeinschaft; Gründungsvertrag
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EigZulG	Eigenheimzulagengesetz
ELJ	European Law Journal
ELR	European Law Review
endg.	endgültig
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
ESVGH	Entscheidungssammlung des Verwaltungsgerichtshofs
etc.	et cetera
EU	Europäische Union; Vertrag
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FinArch.	Finanzarchiv
FR	Finanz-Rundschau
FS	Festschrift
Fußn.	Fußnote
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GBL	Gesetzblatt
GewArch.	Gewerbearchiv
GG	Grundgesetz
GS	Gedächtnisschrift
GVBl.	Gesetz- und Ordnungsblatt
GVOBl.	Gesetz- und Ordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Hess.	Hessen
HGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
HGrG	Haushaltsgrundsatzgesetz
Hrsg.	Herausgeber
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HWSStR	Handwörterbuch des Steuerrechts
IStR	Internationales Steuerrecht

i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JbFSt	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JuS	Juristische Schulung
JWT	Journal of World Trade
JZ	Juristenzeitung
KAG	Kommunalabgabengesetz
Kap.	Kapitel
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle
KOM	Kommissionsmitteilung
K&R	Kommunikation und Recht
KritJ	Kritische Justiz
KStDV	Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung
LHO	Landeshaushaltsordnung
lit.	Buchstabe
LS	Leitsatz
LStDV	Lohnsteuer-Durchführungsverordnung
MbO	Management by Objectives
MinöStG	Mineralölsteuergesetz
Mio.	Millionen
MMR	Multimedia und Recht
Mrd.	Milliarden
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.z.w.N.	mit zahlreichen weiteren Nachweisen
N.F.	Neue Folge
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungsreport
NW	Nordrhein-Westfalen
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PoIG	Polizeigesetz
PPBS	Planning-Programming-Budgeting-System
Pr. GS	Preußische Gesetzessammlung
PrOVG	Preußisches Oberverwaltungsgericht
PrOVGE	Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
PrVBl.	Preußisches Verwaltungsblatt
RAO	Reichsabgabenordnung
Rdnr.	Randnummer
Rdnrn.	Randnummern
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft

RL	Richtlinie
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung; Sammlung der Rechtsprechung
s.	siehe
S.	Seite
SGB	Sozialgesetzbuch
Sp.	Spalte
st.	ständige
StabG	Stabilitätsgesetz
StbJb.	Steuerberater-Jahrbuch
StbKongrRep.	Steuerkongressreport
StGB	Strafgesetzbuch
StromStG	Stromsteuergesetz
StuW	Steuer und Wirtschaft
stv.	stellvertretend
StVG	Straßenverkehrsgesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
u.a.	und andere
UMTS	Universal Mobile Telecommunication System
Urt.	Urteil
USt	Umsatzsteuer
UStDV	Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
UStG	Umsatzsteuergesetz
usw.	und so weiter
v.	von; vom
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
Verf.	Verfasser
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VerwArch.	Verwaltungsarchiv
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Voraufl.	Vorauslage
Vorbem.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WiVerw.	Wirtschaft und Verwaltung
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WTO	World Trade Organisation
YEL	Yearbook of European Law
z.	zu
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBB	Zero Base Budgeting
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien

ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZParl.	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

Einleitung

§ 1 Kompetenzübergriffe zwischen der Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt

A. Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt als Finanzgewalt in Kompetenzen und Formen

Geld ist notwendige Voraussetzung und wesentliches Mittel hoheitlichen Bewirkens. Schon *Bodin* bezeichnete die Finanzen als »les nerfs de la République«¹, *Hamilton* sprach von ihnen in den *Federalist Papers* als »the vital principle of the body politic«². Die Finanzausstattung des Staates kann aus eigener Wirtschaftstätigkeit herrühren, wird aber im grundrechtsverpflichteten Staat, der sich der Bedeutung des Geldes nicht nur als hoheitliches Machtmittel, sondern zugleich³ als tatsächliche Grundlage individueller Berufs- und Eigentümerfreiheit⁴ bewußt ist, in erster Linie durch Steuererhebung gewährleistet⁵. Das Finanzvermögen verbleibt dabei prinzipiell in privater Hand; der Staat nimmt Anteil am Erfolg privaten Wirtschaftens⁶. Vereinnahmte Steuern fließen dem Haushalt zu. Aus diesem werden sodann die einzelnen Ausgaben getätigt, die in Erfüllung der staatlichen Aufgaben anfallen. Einnahmen, Aufgaben und Ausgaben des Staates sind folglich eng verknüpft.

Im demokratischen Rechtsstaat spiegelt sich diese Verknüpfung in Kompetenzen und Handlungsformen wider. Der Staat verschafft sich seine Finanzausstattung auf der Grundlage von Einnahmenkompetenzen in den Handlungsformen des Steuerrechts. Die zu erfüllenden Aufgaben werden im Aufgabenrecht auf der Basis von Aufgabenkompetenzen definiert. Die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Finanzmittel schließlich werden in der Form des Haushaltsgesetz-

¹ *J. Bodin*, *Les six Livres de la République*, 1583, L. VI ch. 2; *K. Vogel*, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), *HStR* Bd. I, 2. Aufl., 1995, § 27, Rdnr. 22, verweist auf eine mögliche Bezugnahme auf *Ulpian*, *Dig.* 1. 20 (»(tributi) in quibus esse rei publicae nervos«); zur Begriffsverwendung seit der Antike *M. Stolleis*, *Pecunia nervus rerum*, 1983, S. 63 ff.

² *A. Hamilton*, *The Federalist Papers*, 1787/88, Nr. 30.

³ *D. Subr*, *Geld ohne Mehrwert*, 1983, S. 59 ff., vergleicht Geld mit dem Joker eines Kartenspiels; mit der Trägerschaft kann seine Funktion wechseln; hierzu auch *K. Vogel*, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), *HStR* Bd. IV, 2. Aufl., 1999, § 87, Rdnr. 2.

⁴ *K. Vogel*, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), *HStR* Bd. I, 2. Aufl., 1995, § 27, Rdnr. 18.

⁵ Zum Steuerstaat als Staatsform *J. Isensee*, in: FS H. P. Ipsen, 1977, S. 409 ff.

⁶ Zu dieser Grundentscheidung *P. Kirchhof*, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), *HStR* Bd. IV, 2. Aufl., 1999, § 88, Rdnr. 1; *ders.*, in: D. Merten/H.-J. Papier (Hrsg.), *HGR* Bd. I, 2004, § 21, Rdnr. 33; auch *R. Scholz*, in: T. Maunz/G. Dürig, GG, Kommentar, Art. 12, Rdnr. 402 ff.

zes bereitgestellt, dessen Erlaß auf aufgabenakzessorischen Ausgabenkompetenzen gründet. Werden Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabenkompetenzen in den jeweiligen Handlungsformen ausgeübt, bilden sie die Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt des Staates. Diese Gewalten verbinden sich zur hoheitlichen Finanzgewalt.

Hoheitliche Gewalt wird hier also nicht im Sinne *Montesquieus* in die Legislative, Exekutive und Judikative unterteilt, die staatliche Funktionen sind⁷, sondern als die Ausübung bestimmter Kompetenzen in korrespondierenden Handlungsformen verstanden, die spezifische Rechtswirkungen haben und entsprechenden Rechtmäßigkeitsanforderungen unterliegen. Die Strukturierung in die Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt unterscheidet nach den zentralen Inhalten finanzhoheitlichen Handelns, insoweit also nicht nach Staatsfunktionen und ebensowenig nach Rechtsträgern.

Jede der derart bestimmten inhaltlichen Gewalten wird freilich legislativ, exekutiv und judikativ wahrgenommen. So handelt das Parlament als Steuer-, Aufgaben- und Haushaltsgesetzgeber, die Verwaltung als Steuer-, Aufgaben- und Haushaltsexekutive. Auch die Rechtsprechung läßt sich nach ihrem Steuer-, Aufgaben- und Haushaltsbezug unterteilen. Die Handlungsform des Gesetzes konkretisiert sich als Steuergesetz, Aufgabengesetz und Haushaltsgesetz, die Einzelmaßnahme der Verwaltung als Steuerverwaltungsakt, aufgabenrechtlicher Verwaltungsakt und Vollzugsakt der Haushaltsbewirtschaftung. Auch im vertikalen Verhältnis zwischen Bund und Ländern sind die drei inhaltlichen Teilgewalten der Finanzgewalt kompetenzrechtlich aufgegliedert. So kann ein Land für die Verwaltung eines Bundesaufgabengesetzes zuständig sein und zudem die korrespondierende Finanzierungslast tragen, also die Ausgabengesetzgebungs- und Ausgabenverwaltungskompetenz innehaben.

In der Struktur der Finanzgewalt bezeichnet eine Aufgabe danach nicht jeglichen, einem Staatsorgan zur Befassung kompetenzrechtlich zugewiesenen Tätigkeitsinhalt wie etwa den Erlaß eines Steuergesetzes oder den Vollzug eines Haushaltstitels, die in einem weiteren Sinne als Gesetzgebungs- und Verwaltungs-»Aufgaben« verstanden werden können. Eine Aufgabe bedeutet im Zusammenhang der Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt allein den finanzierungsbedürftigen, sachlichen Tätigkeitsinhalt, der über die Mittelvereinbarung und Mittelbereitstellung als solche hinausgeht. Aufgrund dieses Sachbezugs wird die Aufgabengesetzgebung und Aufgabenverwaltung vielfach auch als Sachgesetzgebung und Sachverwaltung definiert⁸.

⁷ Ebenso ausdrücklich *N. Achterberg*, Probleme der Funktionenlehre, 1970, S. 109 ff. (»Ersetzung des Begriffs ›Gewaltenteilung‹ durch den Begriff ›Funktionenordnung‹«); *H. W. Kopp*, Inhalt und Form der Gesetze, Band II, 1958, S. 474 ff.; *G. Zimmer*, Funktion – Kompetenz – Legitimation, 1979, S. 60 ff.; für die Legislative auch *G. Müller*, Inhalt und Formen der Rechtssetzung als Problem der demokratischen Kompetenzordnung, 1979, S. 13 ff.

⁸ Siehe beispielsweise BVerfGE 98, 106 (LS 3); 105, 185 (193); BVerfG, NVwZ 2003, 715 (715, LS 1); BVerwGE 96, 272 (LS 1).

Die Strukturierung der Finanzgewalt in die Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt geht somit über die klassischen staatsrechtlichen Kategorien der horizontalen Funktionenordnung und vertikalen Gewaltenteilung hinaus und macht die inhaltlichen Verknüpfungen des mittelbewirtschaftenden Staatshandelns bewußt. Indem diese Strukturierung neben der Einnahmen- und Ausgabengewalt auch die zu finanzierende Aufgabenerfüllung umfaßt, greift sie zudem über den Befassungsgegenstand der klassischen Dogmatik zum Finanzverfassungsrecht⁹ hinaus.

B. Kompetenzanknüpfungen und Kompetenzübergreifungen

Die inhaltlichen Verknüpfungen zwischen der Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt sind vielgestaltig. Zunächst knüpfen die finanzhoheitlichen Kompetenzen rechtlich aneinander an. So folgen die Lastentragungskompetenzen und im Anschluß daran die Haushaltsgesetzgebungs- und Haushaltsvollzugskompetenzen im Bund/Länder-Verhältnis nach Art. 104a Abs. 1, Art. 109 Abs. 1 GG den Zuständigkeiten für die Verwaltung der lastenbegründenden Aufgaben, den Aufgabenverwaltungskompetenzen.

Über diese rechtlichen Anknüpfungen hinaus stehen die Einnahmen-, die Aufgaben- und die Ausgabengewalt des Staates in rechtlich nicht zurechenbaren, auf ökonomischen oder politischen Geboten beruhenden oder auch rein tatsächlichen Abhängigkeiten voneinander. Beispielsweise ist der Umfang der haushaltsrechtlich verfügbaren Mittel vom Umfang der zuvor vereinnahmten Mittel abhängig.

Schließlich und insbesondere kann die Ausübung einer finanzhoheitlichen Kompetenz einen anderen Kompetenzbereich auch mittelbar berühren, ohne daß eine verfassungsgemäße rechtliche Anknüpfung bestünde, und in diesem Sinne in den anderen Kompetenzbereich übergreifen. Die Kompetenzordnung ist zwar prinzipiell strikt ausgestaltet¹⁰ und beruht auf den Grundsätzen der Ausschließlichkeit und Alternativität¹¹. Doch untersagt sie derartige Übergreifungen ebenso wie ausnahmsweise auch Überschneidungen zwischen den Kompetenzen¹² nicht von vornherein.

⁹ K. Vogel/C. Waldhoff, in: Bonner Kommentar, Vorbem. z. Art. 104a-115, Rdnr. 1 ff.

¹⁰ BVerfGE 104, 249 (274); W. Erbguth, in: M. Sachs, GG, Kommentar, Art. 30, Rdnr. 6, 17; auch P. Lerche, in: FS H. Maurer, 2001, S. 205 (210).

¹¹ H. Krüger, Allgemeine Staatslehre, 1966, S. 108 ff.; J. Isensee, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), HStR Bd. IV, 2. Aufl., 1999, § 98, Rdnr. 187; R. Stettner, Grundfragen einer Kompetenzlehre, 1983, S. 293 f.; U. Müller/K.-G. Mayer/L. Wagner, VerwArch. Bd. 93 (2002), S. 585 (587).

¹² Zur Kompetenzüberschneidung als einem »unentschiedenen Konkurrieren mehrerer berufener Stellen« R. Stettner, Grundfragen einer Kompetenzlehre, 1983, S. 293 f. (»Mehrfachkompetenz«); zur Unvermeidbarkeit H.-W. Rengeling, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), HStR

So hat jeglicher Besteuerungstatbestand Auswirkungen auf das Verhalten der Normunterworfenen¹³, das primärer Regelungsgegenstand der Aufgabengewalt ist, ohne daß die Kompetenzordnung dieser insoweit aufgabenwirksamen Ausübung von Einnahmenkompetenzen von vornherein entgegenstehen würde.

Entsprechendes gilt in den anderen finanzhoheitlichen Handlungsbereichen. Entgeltende Abgaben, also Gebühren, Beiträge und Sonderabgaben, vollenden Verwaltungsprogramme, indem sie ungewollte Vermögenswirkungen verwaltungsrechtlicher Vorteilsübertragungen ausgleichen¹⁴. Sie werden deshalb auf der Grundlage von Aufgabenkompetenzen erhoben. Zugleich gehen die vereinnahmten Mittel in die allgemeine Staatsfinanzierung ein, die primärer Regelungsgegenstand der steuerrechtlichen Einnahmenkompetenzen ist. Auch dies ist verfassungsrechtlich unproblematisch.

Schließlich können Haushaltstitel, die Finanzmittel im staatlichen Innenverhältnis zuweisen, auf die außenrechtliche Aufgabenerfüllung einwirken. Im Bereich der gesetzessfreien Leistungsverwaltung ist dabei von einer verfassungsgemäßen rechtlichen Anknüpfung des Aufgabenrechts an das Ausgabenrecht auszugehen. Doch auch darüber hinaus kommt es zu verfassungsrechtlich anerkannten, insoweit mittelbaren Einwirkungen des Ausgabenrechts auf die Aufgabengewalt.

Die Einnahmen-, Aufgaben- und Aufgabengewalt knüpfen damit in verfassungsgemäßer Weise rechtlich aneinander an, stehen daneben in rechtlich nicht zurechenbaren, auf ökonomischen oder politischen Geboten beruhenden oder auch rein tatsächlichen Abhängigkeiten voneinander und greifen schließlich in bestimmtem Ausmaß zulässigerweise mittelbar ineinander über.

C. Problematische Intensivierung von Kompetenzübergriffen

In jüngerer Zeit intensivieren sich die mittelbaren Kompetenzübergriffe im Verhältnis zwischen der Einnahmen-, Aufgaben- und Aufgabengewalt auf unterschiedliche, zugleich aber strukturell parallele Weise stark, mitunter dramatisch. Diese Intensivierung beruht im Schwerpunkt auf dem Einsatz nachhaltig verhaltensanleitender, insbesondere vergünstigender Lenkungssteuern, inhaltlich ausgedehnter, wertabschöpfender oder auch lenkend ausgestalteter entgeltender Abgaben und schließlich leistungsgebundener Haushaltsansätze nach dem Bild der aktuellen Haushaltsrechtsreformen.

Bd. IV, 2. Aufl., 1999, § 100, Rdnr. 17; M. Rodi, StuW 1999, S. 105 (113); U. Karpen/S. Becker, JZ 2001, S. 966 (966 f.).

¹³ C. Trzaskalik, in: Ständige Deputation des Deutschen Juristentages (Hrsg.), Verhandlungen des Dreißigsten Deutschen Juristentages, Leipzig 2000, Bd. I, 2000, E 10 m.w.N.

¹⁴ P. Kirchhof, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), HStR Bd. IV, 2. Aufl., 1999, § 88, Rdnr. 183.

I. Lenkungssteuern

Seit sich die Besteuerung im Absolutismus vom Prinzip der Individualäquivalenz gelöst hatte, werden Steuern benachteiligend oder vergünstigend ausgestaltet, um das Verhalten der Steuerunterworfenen zu beeinflussen. Die besondere Wirkungskraft dieser Beeinflussung ergibt sich dabei daraus, daß das nahegelegte Verhalten, also die Vermeidung des benachteiligenden und die Erfüllung des vergünstigenden Tatbestandes, den Normadressaten vor einer finanziellen Einbuße bewahrt, die ihm schon in der Phase der Entscheidung über seine Handlungsalternativen deutlich vor Augen steht. Da er insoweit selbständig und freiwillig handelt, bedarf die Verhaltensanleitung keines weiteren, mit zusätzlichem Aufwand verbundenen Verwaltungsverfahrens. Obwohl der Bürger durch die Lenkungssteuer im Ergebnis einer Wahlschuld ausgesetzt wird, kann ihm jedenfalls das Angebot der Steuervergünstigung als eine Wohltat überbracht werden, was schließlich auch die politische Durchsetzbarkeit neuer lenkender Vergünstigungstatbestände erhöht.

Wenngleich benachteiligende und vergünstigende Lenkungssteuern aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften seit langem genutzt werden, hat sich ihr Einsatz doch stetig intensiviert. Mit der inhaltlichen Ausdehnung der Staatsaufgaben ist auch die Lenkungssteuer immer mehr zu einem Instrument hoheitlicher Verhaltenslenkung und Umverteilung geworden. Gerade seit den 1980er Jahren trugen hierzu auch das erheblich anwachsende Steueraufkommen¹⁵ und die zunehmend prominente Stellung des Steuerrechts in der Gesamtrechtsordnung¹⁶ bei.

Begleitet wurde dieser Prozeß allerdings durch eine ebenso steigende Sensibilität für die aus der Lenkungsbesteuerung erwachsenden verfassungsrechtlichen Probleme¹⁷. Diese ergeben sich vor allem daraus, daß die Lenkungssteuer als einkommenrechtlich begründetes Handlungsinstrument in die Aufgabengewalt übergreift. Mit der Ausweitung der Lenkungsbesteuerung intensivieren sich auch diese Übergriffe.

Anschaulich verdeutlichen läßt sich die verfassungsrechtliche Problematik dieses Befundes anhand der umfangreichen Vergünstigungstatbestände des Einkommensteuerrechts¹⁸. Einkommensteuerrechtliche Steuervergünstigungen können an unterschiedlichen Stellen des steuerrechtlichen Regelungssystems ansetzen¹⁹, so am Steuersatz²⁰, an der Steuerschuld²¹, insbesondere aber an der

¹⁵ Zur Bedeutung des anwachsenden Steueraufkommens seit den 1980er Jahren für den verhaltenslenkenden Einsatz der Steuer *C. Trzaskalik*, in: Ständige Deputation des Deutschen Juristentages (Hrsg.), Verhandlungen des Dreiundsechzigsten Deutschen Juristentages, Leipzig 2000, Bd. I, 2000, E 15.

¹⁶ Bereits *K. Vogel*, *DSZ/A* 1977, S. 5 ff.

¹⁷ Zu dieser steigenden Sensibilität *K. Vogel*, *Verfassungsrechtsprechung zum Steuerrecht*, 1999, S. 8 f.

¹⁸ Für einen Überblick *K. Tipke/J. Lang*, *Steuerrecht*, 17. Aufl., 2002, § 19, Rdnr. 8.

¹⁹ Siehe *J. Lang*, *Systematisierung der Steuervergünstigungen*, 1974, S. 91 ff.

²⁰ Etwa §§ 34 und 34b EStG, bei außerordentlichen Einkünften, insbesondere aus bestimmten Veräußerungsgewinnen und aus der Forstwirtschaft.

Bemessungsgrundlage. Die verhaltenslenkenden Angebote eines Abzugs von der Bemessungsgrundlage konkretisieren sich in vorteilhaften Möglichkeiten der Absetzung²², Abschreibung²³ und steuerfreien Rücklagenbildung²⁴, in der nur partiellen Gewinnermittlung²⁵ und in sonstigen Abzügen²⁶.

Wird der Bürger durch das Angebot eines Abzugs von der Bemessungsgrundlage zu einer bestimmten Tatbestandsvermeidung oder -erfüllung aufgefordert, erscheint schon formell rechtsstaatlich bedenklich, daß der Verhaltensimpuls im Rahmen des primär einnahmenrechtlichen, für den einzelnen teilweise schwer zugänglichen Steuerrechts steht. Der gebotene Anreiz beispielsweise, die Herstellungskosten für den Einbau umweltschonender Anlagen wie Wärmepumpen-, Solar- und Windkraftanlagen in Gebäude erhöht absetzen zu können, ist in § 82a EStDV geregelt, der sich auf die Ermächtigungsgrundlage des § 51 Abs. 1 Nr. 2q EStG stützt. Die Norm zu finden und zudem zu verstehen, dürfte dem juristischen Laien nicht leicht fallen. Die einnahmenrechtlich fundierte Anleitung individuellen Verhaltens ist weiterhin freiheitsgrundrechtlich prüfungsbedürftig, wird der Bürger doch aus ökonomischen Gründen zu einem Verhalten gedrängt, zu dem er sich ohne die Vergünstigungsregelung möglicherweise nicht entschlossen hätte²⁷. Nach dem Maßstab grundrechtlicher Gleichheit ist zu beurteilen, daß sich der Adressatenkreis der lenkungsteuerlichen Verhaltensauforderung nicht nach dem verfolgten Sachzweck, sondern nach der Schuldnerschaft bestimmt. Adressat des § 82a EStDV ist jeder Einkommensteuerpflichtige, nicht aber jeder Gebäudeeigentümer oder -besitzer, der eine entsprechende umweltschonende Anlage einbauen könnte. Zusätzliche, besondere Gleichheitsprobleme wirft der regressive Effekt von Steuervergünstigungen bei progressiver Ausgestaltung des Steuertarifs auf. Der Verhaltensanreiz intensiviert sich insoweit nach Maßgabe von Kriterien, die zumeist nicht auf eine

²¹ Etwa §§ 34e (bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft), 34f EStG (für Steuerpflichtige mit Kindern bei Inanspruchnahme erhöhter Absetzungen für Wohngebäude oder der Steuerbegünstigten für eigengenutztes Wohneigentum) und 34g (bei Mitgliedsbeiträgen und Spenden an politische Parteien und an unabhängige Wählervereinigungen).

²² Vgl. §§ 7b (für Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser und Eigentumswohnungen), 7c (für Baumaßnahmen an Gebäuden zur Schaffung neuer Mietwohnungen), 7d (für Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen), 7h (bei Gebäuden in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen), 7i (bei Baudenkmalen), 7k (für Wohnungen mit Sozialbindung) EStG sowie § 82a EStDV (Herstellungskosten und Erhaltungsaufwand für bestimmte, insbesondere umweltschützende Anlagen und Einrichtungen bei Gebäuden).

²³ Siehe §§ 7f (für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens privater Krankenhäuser), 7g (zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe) EStG sowie §§ 81 (für bestimmte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Kohlen- und Erzbergbau) und 82f (für Handelsschiffe, für Schiffe, die der Seefischerei dienen, und für Luftfahrzeuge) EStDV.

²⁴ Etwa § 6b Abs. 3 EStG (bei Reinvestition).

²⁵ Dazu § 13a EStG (bei Gewinnen aus Land- und Forstwirtschaft).

²⁶ Etwa §§ 10b Abs. 1 (Spenden für gemeinnützige Zwecke) und 10b Abs. 2 (Spenden an politische Parteien) EStG.

²⁷ Auch zum folgenden *P. Kirchhof u. a.*, Karlsruher Entwurf zur Reform des Einkommensteuergesetzes, 2001, S. 19 ff.

besondere Förderungswürdigkeit des einzelnen schließen lassen. Im Fall des § 82a EStDV beispielsweise steigt der verhaltensanreizende finanzielle Nutzen aus den erhöhten Absetzungen mit der Höhe des Einkommens und der Höhe der Herstellungskosten, nicht aber entsprechend der zu erwartenden umweltschonenden Wirkung der eingebauten Anlage. So ökonomisiert²⁸ und kommerzialisiert der Staat seine Aufgabenerfüllung, indem er Lenkungswirkungen erkaufte. Ob sich der Bürger dem Lenkungszweck gemäß verhält, hängt dabei nicht zuletzt von seiner Finanzkraft ab.

In der horizontalen Funktionenordnung der Staatsorgane stellt sich die Frage, inwieweit der Steuergesetzgeber beim Erlaß von Lenkungsteuern tatsächlich bewußte, dem aufgabenrechtlichen Gesetzesvorbehalt genügende Entscheidungen über die staatliche Aufgabenerfüllung trifft, zumal die Lenkungsteuer angesichts ihrer Zweckdichotomie in den Folgen besonders unscharf ist. Deutlich macht dies etwa die Ökosteuer, die den Zweck, den Mineralöl- und Stromverbrauch zu senken, ebenso zu verfolgen beansprucht wie den gegenläufigen Zweck, zusätzliche Mittel zur Unterstützung der gesetzlichen Rentenversicherungssysteme zu vereinnahmen. Im Vollzugsstadium begründet die Lenkungsteuer darüber hinaus Übergriffe des Finanzressorts in das entsprechende Fachressort.

Weitere Rechtsprobleme ergeben sich schließlich im Rahmen der vertikalen Gewaltenteilung. So kann eine bundesrechtliche Lenkungsteuer in eine Landesaufgabenkompetenz, ebenso aber auch eine landesrechtliche Lenkungsteuer in eine Bundesaufgabenkompetenz übergreifen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte den Übergriff der auf Art. 105 Abs. 2a GG gestützten Kasseler Verpackungsteuer²⁹ in die ausgeübte Aufgabenkompetenz des Bundes zur Regelung der Abfallbeseitigung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 24 GG) für verfassungswidrig³⁰.

Zusätzliche Abgrenzungsfragen ergeben sich in der vertikalen Gewaltenteilung im Verhältnis zwischen staatlicher Steuerausgestaltung und supranational ausgeübter oder völkerrechtlich koordiniert wahrgenommener Aufgabengewalt. Je stärker die Aufgabengewalt überstaatlich eingebunden wird, desto drängender werden gerade diese Abgrenzungserfordernisse. So haben sich vergünstigende Lenkungsteuern in ihrer effektiv leistungsstaatlichen Aufgabenwirksamkeit am Beihilfenkontrollrecht der EG (Art. 87 ff. EG) und am völkerrechtlichen Subventionskontrollrecht der WTO zu messen. Die in § 52 Abs. 8 EStG a.F. vorgesehene, über § 6b EStG hinausgehende Möglichkeit der Übertragung von stillen Reserven für Kapitalgesellschaften, die ihren Sitz oder ihre Geschäftsleitung

²⁸ Zum Begriff der Ökonomisierung näher sogleich unten § 1 C IV 1.

²⁹ Das Land kann seine Gesetzgebungszuständigkeit für örtliche Verbrauchsteuern auf die Gemeinden übertragen; vgl. BVerfGE 65, 325 (343); 98, 106 (123). Siehe zum vorliegenden Fall § 7 des Hessischen Kommunalabgabengesetzes.

³⁰ BVerfGE 98, 106; das Parallelverfahren BVerfGE 98, 83 betraf Landesabfallabgaben, deren genaue abgabenrechtliche Einordnung dahingestellt blieb; siehe auch BVerfG, NVwZ 2001, 1264 sowie BVerfGE 98, 265 (298 ff.).

in den neuen Bundesländern oder in Berlin haben, wurde durch den EuGH als staatliche Beihilfe eingeordnet und nach Art. 87 Abs. 1 EG verboten³¹. Ist das lenkungssteuerliche Gestaltungsanliegen im Verhältnis zwischen Bund und Ländern danach vor allem mit Aufgabenkompetenzen in Einklang zu bringen, die ebenfalls inhaltliche Ausgestaltungen ermöglichen, stehen staatlichen Lenkungssteuern in der überstaatlichen Einbindung in erster Linie kontrollierende und beschränkende Regelungen, in diesem Sinne ausgeübte Aufgabenkontrollkompetenzen, entgegen, die auf die negative Marktintegration zielen und im Hinblick darauf Querschnittscharakter haben.

Über ihre Aufgabenwirksamkeit hinaus greifen vergünstigende Lenkungssteuern jedoch auch in die Ausgabengewalt über. Dabei steht nicht die Leistung im Außenverhältnis im Mittelpunkt, die ein Element der Ausgabengewalt ist, sondern die innenrechtliche Mittelbereitstellung zur Aufgabenerfüllung. Eine Steuervergünstigung entspricht im Saldo einer teilweisen Auszahlung staatlicher Mittel im Anschluß an eine volle Steuererbringung und damit einer effektiven staatlichen Mittelbereitstellung. Ausdruck findet diese Einsicht im Subventionsbericht der Bundesregierung, der Steuervergünstigungen in ihrer Ausgabenwirksamkeit treffend als Verschonungssubventionen beschreibt. Nach dem 19. Subventionsbericht belaufen sich die auf Steuervergünstigungen beruhenden Steuermindereinnahmen der Gebietskörperschaften im Rechnungsjahr 2004 auf voraussichtlich über 26,6 Mrd. Euro³². Als dem Umfang nach wichtigste Verschonungssubventionen benennt der Subventionsbericht für das Jahr 2004 die Eigenheimzulage einschließlich der Kinderzulage nach § 9 Abs. 2 bis 5 EigZulG (11,442 Mrd. Euro), die Steuerbefreiung der Zuschläge für Nachtarbeit und andere Leistungen nach § 3b EStG (1,985 Mrd. Euro), die Vergünstigung des Stromverbrauchs bestimmter Wirtschaftsbereiche nach § 9 Abs. 3 StromStG (1,85 Mrd. Euro), die Vergünstigungen für Betreiber von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen nach § 25 MinöStG (1,457 Mrd. Euro), die Vergünstigungen für Unternehmen, die durch die Stromsteuer erheblich belastet sind (1,45 Mrd. Euro) und die Umsatzsteuerermäßigung für kulturelle und andere Leistungen nach § 12 Abs. 2 UStG (1,35 Mrd. Euro)³³. Diese Ausgabenwirksamkeit wird vor allem durch die Tatsache verdeckt, daß Verschonungssubventionen nicht im Haushaltsplan erscheinen. Bei der Einführung einer Verschonungssubvention muß deshalb auch nicht um formal zu verbuchende Haushaltsmittel gerungen werden. Die öffentlichen Kassen scheinen unbelastet.

Auch in ihrer Ausgabenwirksamkeit bedürfen Lenkungssteuern aber der verfassungsrechtlichen Prüfung. Erlaubt § 82a EStDV die erhöhte Absetzung der

³¹ EuGH v. 19. 9. 2000, Rs. C 156/98 – Deutschland/Kommission –, Rspr. 2000, I-6857.

³² BT-Drs. 15/1635, S. 23. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft geht demgegenüber schon für das Jahr 2001 von einem Gesamtumfang der Verschonungssubventionen in Deutschland in Höhe von knapp 40 Mrd. Euro aus; A. Boss/A. Rosenschon, Subventionen in Deutschland: Quantifizierung und finanzpolitische Bewertung. Kieler Diskussionsbeiträge 392/393, 2002.

³³ BT-Drs. 15/1635, S. 24.

Herstellungskosten für den Einbau umweltschonender Anlagen, führt die individuelle Annahme dieses Vergünstigungsangebots zu Steuermindereinnahmen, die in ihrer Höhe weder im Voraus noch im Nachhinein genau zu bestimmen sind. In rechtsstaatlicher Hinsicht ist dieser Befund an Art. 114 Abs. 2 Satz 1 GG zu messen, der eine wirtschaftliche Haushaltsplanung und -führung verlangt; als materielle Ausgaben verzerren Steuermindereinnahmen die Staatsquote. Auch ist Art. 3 Abs. 1 GG als Anforderung objektiver Gleichheit bei der staatlichen Mittelbereitstellung zu wahren. Weiterhin übergehen Lenkungssteuern in ihrer Ausgabenwirksamkeit den Haushaltsgesetzgeber, weil dieser mit dem Budgetbeschluß nur über die formellen Ausgaben gebietet. Darüber hinaus und insbesondere begründen Lenkungssteuern auch in ihrer Ausgabenwirksamkeit Kompetenzübergriffe in der vertikalen Gewaltenteilung. Diese Übergriffe stellen sich hier als durch Art. 106 GG vermittelte, effektive aufgabenbezogene Lastenüberbürdungen dar, die dem Geltungsanspruch der Art. 104a, 109 Abs. 1 GG widersprechen.

Schließlich wirken sich benachteiligende und vergünstigende Steuerausgestaltungen auch auf die zugrundeliegende Einnahmengewalt selbst aus. Die verfassungsrechtlichen Anforderungen der Rechtsstaatlichkeit, der horizontalen Funktionenordnung und der vertikalen Gewaltenteilung erscheinen dabei als einnahmenrechtliche Anforderungen, so insbesondere in Gestalt der Einnahmenertragsordnung des Art. 106 GG.

II. Entgeltende Abgaben

Zu intensivierten mittelbaren Kompetenzübergriffen im Verhältnis zwischen der Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt führt neben dem ausgedehnten Einsatz einnahmenrechtlich begründeter Lenkungssteuern die zunehmende Verwendung aufgabenrechtlich begründeter entgeltender Abgaben.

Nach überkommener Dogmatik vollenden entgeltende Abgaben Verwaltungsprogramme, indem sie die ungewollten Vermögenswirkungen programmgemäßer Vorteilsübertragungen auf den Bürger ausgleichen³⁴. So wird der Einlaß in das kommunale Schwimmbad gewährt, hierfür aber ein Preis verlangt, regelmäßig in Höhe der anteiligen Unterhaltungskosten. Die Akzessorietät der Abgabenerhebung zum Verwaltungsprogramm spiegelt sich kompetenzrechtlich wider. Entgeltende Abgaben werden als Annex grundsätzlich den Aufgabengesetzgebungs- und Aufgabenverwaltungskompetenzen zugeordnet, die den jeweiligen Sachregelungen und ihrem Vollzug zugrundeliegen. Mangels anderweitiger Bestimmungen verbleibt der Abgabenertrag dabei der Vollzugskörperschaft, die auch die Verwaltungskosten trägt.

³⁴ P. Kirchhof, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), HStR Bd. IV, 2. Aufl., 1999, § 88, Rdnr. 183.

Register

- Abgabenstaat, als Prinzip 173, 353
- Abhängigkeiten, nicht zurechenbare
 - der Aufgabengewalt 170 f.
 - der Ausgabengewalt 201
 - der Einnahmengewalt 143 f.
 - kein Kompetenzübergreif 542
- Absolutismus
 - Aufgabenkompetenzen 72 ff.
 - Einnahmen- und Ausgabenkompetenzen 38 ff.
- Abweichungsoffenheit, des Finanzrechts (s. Finanzgewalt, Struktur der, Abweichungsoffenheit)
- Adressatenkreis
 - der lenkenden entgeltenden Abgabe 429
 - der Lenkungssteuer 235, 337
- Äquivalenzprinzip
 - indizgebende Bedeutung für ausgabenwirksame entgeltende Abgaben 398 f., 543 f.
 - Komplementärverhältnis zum Leistungsfähigkeitsprinzip 371, 423 f.
 - Konkretisierung (s. Gestaltungsraum, legislativer, bei entgeltenden Abgaben)
 - im Recht der entgeltenden Abgaben 121, 348
 - im Ständestaat 36, 131
 - Verfassungsrang 351
- Akzise 75
- Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten von 1794 74
- Allgemeinheit, des Aufgabenrechts 155 f.
- Anknüpfungen, verfassungsgemäße rechtliche
 - im Aufgabenrecht 167 ff.
 - im Haushaltsrecht 200, 450 ff.
 - kein Kompetenzübergreif 540 ff.
 - Maßstab 452 f.
 - im Steuerrecht 140 f.
- Anschütz, Gerhard 79 f., 94
- Anwendungsvorrang, des europäischen Rechts 592 f., 595
- Appropriationsklauseln 35
- Arndt, Adolf 571
- Aufgabe
 - als Befassungsgegenstand der Art. 30, 70 ff., 83 ff. GG 536 f.
 - Begriff, materieller 3, 68, 398, 537 ff.
- Aufgabenangemessenheit, des Staatshandelns (s. Organadäquanz, der Aufgabenzuweisung)
- Aufgabengewalt
 - im Absolutismus 72 ff.
 - Erosion parlamentarischer Kontrolle 506
 - im Grundgesetz 95 ff., 150 ff.
 - im Konstitutionalismus 77 ff.
 - im Ständestaat 69 ff.
 - überstaatliche Einbindung (s. überstaatliche Einbindung, der Aufgabengewalt)
 - Unterscheidung von der Ausgabengewalt, historisch kontingent 475, 489, 515, 637 ff.
 - unter der Weimarer Reichsverfassung 89 ff.
- Aufgabenkompetenz (s. auch Aufgabengewalt)
 - Entflechtung, bundesstaatliche 645
 - exekutive 153 ff.
 - judikative 155
 - legislative 151 ff.
 - materielle Bedeutung 164 ff., 574 ff.
- Aufgabenwirksamkeit
 - der leistungsgebundenen Haushaltsansätze 203 f., 454 ff.
 - der Lenkungssteuern 144, 216 ff.
- Aufklärung 56, 90, 130
- Aufopferungslage, staatshaftungsrechtliche 693 f.

- Ausgabe
- als Befassungsgegenstand der Art. 104a, 109 GG 536 f.
 - Begriff, materieller 309 f., 397 f., 537 ff.
 - notwendige 51
- Ausgabenbewilligung
- periodische 52 ff., 320
 - als Pflicht 49, 51
 - als Recht 47 ff.
 - Unterstellung unter das Aufgabenrecht 83
- Ausgabengewalt
- im Absolutismus 38 ff.
 - im Grundgesetz 64 f., 178 ff.
 - im Konstitutionalismus 42 ff.
 - im Ständestaat 30 ff.
 - Unterscheidung von der Aufgabengewalt, historisch kontingent 475, 489, 515, 637 ff.
 - unter der Weimarer Reichsverfassung 62 ff.
- Ausgabenkompetenz (s. auch Ausgabengewalt)
- exekutive 184
 - judikative 184
 - lastenbezogene 180 ff.
 - legislative 183
- Ausgabenwirksamkeit
- der entgeltenden Abgaben 173, 397 ff.
 - der Lenkungssteuern 144 f., 309 ff.
- Außenwirkung
- des Aufgabenrechts 156 ff.
 - des Haushaltsrechts (s. Haushaltsrecht, Skalierung von Innen- und Außenwirkungen)
 - des Steuerrechts 124 f.
- Bedürftigkeitsprinzip 423
- Befugnis, Begriff 210
- Beihilfenkontrolle, europäische
- Anreicherung durch das Leistungsfähigkeits- und das Äquivalenzprinzip 603 ff.
 - Ausnahmetatbestände 292 f.
 - Dogmatik der Anwendung auf Steuervergünstigungen 286 ff., 598 ff.
 - und entgeltende Abgaben 438 f., 600 ff.
 - Entwicklung der Anwendung auf Steuervergünstigungen 285 f.
- als negativ kontrollierende Aufgabengewalt 596 f.
 - und staatliche Eigenbeteiligungen an Gesellschaften 687
 - Verfahren 293
- Beispielfälle
- haushaltsrechtliche Leistungsbindung gemäß § 6a HGrG 677 ff.
 - steuerrechtliche Vergünstigung des § 82a EStDV 646 ff.
 - Versteigerung der UMTS-Lizenzen nach § 11 TKG 660 ff.
- Beitrag, Begriff 347
- Belastungsgleichheit, steuerliche 132 ff.
- Belastungsgrund
- abgabenrechtlicher 350, 365, 423
 - steuerrechtlicher 130 ff., 423
- Bellstedt, Christoph 263
- Bemessungsgrundlage, der Besteuerung
- folgerichtige Ausgestaltung 136
 - lenkende Ausgestaltung 223
- Bentham, Jeremy 81
- Benutzungsgebühr (s. Gebühr, Benutzungsgebühr)
- Bepackungsverbot, haushaltsrechtliches 186, 191 f., 196, 199, 461 f., 504, 544
- Bereichsausnahme 593
- Betriebswirtschaftslehre 521
- Bewirtschaftung, staatliche 419 f.
- Bewirtschaftungscontrolling (s. Haushalt, Bewirtschaftungscontrolling)
- Bismarck, Otto von 51, 84
- Bodin, Jean 2
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang 83, 98, 187, 471, 476, 640
- Buchführung, kaufmännische, doppelte 457, 468
- Budget (s. Haushalt)
- Budgetabsolutismus 187, 476
- Budgetierung 458
- Budgetkonflikt
- Kurhessischer 49, 51 f.
 - Preussischer 39, 51 f., 61, 84, 469, 639 ff.
- Bürokratiemodell des rationalen Staates 456
- Bundesratsmitwirkung
- bei entgeltenden Abgaben 375
 - bei Lenkungssteuern 252, 323
 - und Organstreit 583 f.

- Bundesstaat, Gleichgewicht
(s. Gleichgewicht, bundesstaatliches, der Kompetenzen)
- Bundestreue, als Kompetenzausübungsschranke 264, 552, 573, 582 f.
- Bund/Länder-Streit 578 ff.
- casum sentit dominus 183
- Controlling (s. Haushalt, Bewirtschaftungscontrolling)
- Deckungslücke 46 f.
- demokratische Legitimation (s. Legitimation, demokratische)
- Diskriminierungsverbote, überstaatliche
– und Gewaltenabstimmung 609 ff.
– als Kompetenzausübungsschranken 607 ff.
- Distanz, rechtsstaatliche, zwischen Einnahmen und Ausgaben 132, 167, 366, 416 ff., 450, 633, 635
- Dogmatik (s. Finanzgewalt, Struktur der, dogmatische Strukturierung)
- Domänen 31
- dominium eminens 75
- Dualismus
– im Konstitutionalismus 55, 78
– im Ständestaat 30, 69
- Effizienz
– Anliegen final strukturierter Zweckmäßigkeit 27, 243
– Definition 18, 519, 627
– von entgeltenden Abgaben (s. entgeltende Abgaben, Effizienz)
– von leistungsgebundenen Haushaltsansätzen (s. leistungsgebundene Haushaltsansätze, Effizienz)
– von Lenkungssteuern (s. Lenkungssteuern, Effizienz)
– als schrankenerweiternder Belang (s. Kompetenzausübungsschranke, kompetenzrechtliche, Erweiterung durch Gemeinwohlzwecke)
– zunehmende Dominanz 519 f., 626 f.
- Effizienzrendite 465
- Eigentum
– Aktualisierung einer Inhalts- und Schrankenbestimmung 648
– Beschränkung durch Besteuerung 133
- Einnahme
– als Befassungsgegenstand der Art. 105 ff. GG 536 f.
– Begriff, materieller 398, 537 ff.
– Fehlen des inneren sachlichen Maßes 632 f.
- Einnahmenerzielungsabsicht, im Steueratbestand 120 ff.
- Einnahmengewalt
– im Absolutismus 38 ff.
– im Grundgesetz 64 f., 110 ff.
– Isolierung, verfassungsrechtlich gebotene 475, 516, 632 ff.
– im Konstitutionalismus 42 ff.
– im Ständestaat 30 ff.
– unter der Weimarer Reichsverfassung 62 ff.
- Einnahmenkompetenz (s. auch Einnahmengewalt)
– ertragsbezogene 114
– exekutive 112 f.
– judikative 113
– legislative 111 f.
- Einnahmewirksamkeit
– der entgeltenden Abgaben 173, 347 ff.
– der leistungsgebundenen Haushaltsansätze 204, 501 f.
- Einrichtungen, staatlich originär geschaffene 424 ff.
- Einzelermächtigung, Prinzip 592 f.
- Einzelfallgesetze 553
- electronic government 470
- Entgelte, privatrechtliche 414, 688
- entgeltende Abgaben
– Auswirkungen auf die Aufgabengewalt 411 ff.
– Befund 10 ff., 347 ff., 397 ff., 411 ff.
– Beispielsfall der Versteigerung der UMTS-Lizenzen nach § 11 TKG (s. Beispielsfälle, Versteigerung der UMTS-Lizenzen nach § 11 TKG)
– Belastungsgrund (s. Belastungsgrund, abgabenrechtlicher)
– demokratische Gehalte 375 f.
– Effizienz 402, 414 ff., 626 f., 641 f.
– Entwicklungsdynamik (s. Entwicklungsdynamik, der entgeltenden Abgaben)

- Erweiterung der Finanzausstattung 355
- Folgenunschärfe 364, 415, 627
- Freiheitsgrundrechte 351, 365 ff., 418 ff.
- Gleichheitsgrundrechte 351, 365 ff., 403, 423 ff.
- Kompetenzgrundlage 117, 173, 349 f.
- Konsument, Bürger als 644
- Lenkungsabgaben, Befund 354, 358 f., 398 f., 413 f.
- Mißbilligung, verfassungsrechtliche 632
- Staffelgebühren (s. Staffelregelung)
- Übergriffe in die Ausgabengewalt (s. Ausgabenwirksamkeit, der entgeltenden Abgaben)
- Übergriffe in die Einnahmengewalt (s. Einnahmewirksamkeit, der entgeltenden Abgaben)
- nach überstaatlichem Recht 390, 407 f., 438
- Verstetigung 403
- Vollendung eines Verwaltungsprogramms (s. Belastungsgrund, abgabenrechtlicher)
- Wertausgleich, Befund 353 f., 357 f., 412 f.
- Wirkungskraft der einzelnen Verfassungsmaßstäbe 629 ff.
- Zunahme, Befund 352 ff., 356 f., 411 ff.
- Zweckabgabe (s. Zweckabgabe)
- Entgesetzlichung des Budgets 84
- Entwicklungsdynamik
 - der entgeltenden Abgaben 360 f., 402 f., 416, 628
 - heuristischer Wert 629
 - der leistungsgebundenen Haushaltsansätze 469 f., 501, 628 f.
 - der Lenkungssteuern 225 f., 312 f., 628
- Erdrosselungssteuer (s. Steuer, konfiskatorische)
- Ermächtigungswirkung des Haushaltsplans (s. Haushaltsrecht, Ermächtigungswirkung)
- Ermessen, fiskalische Belange 168 f.
- Ertragsgleichgewicht 339 f., 387
- Ertragskompetenz (s. Einnahmekompetenz, ertragsbezogene)
- erwerbswirtschaftliche Betätigung des Staates 117 f., 537
- Europäische Gemeinschaft
 - Ansätze zur Gewaltenabstimmung 603 ff.
 - Anwendungsvorrang (s. Anwendungsvorrang, des europäischen Rechts)
 - asymmetrischer Vollzug 622
 - Beihilfenkontrolle (s. Beihilfenkontrolle, europäische)
 - Bekämpfung „unfairen Wettbewerbs“ 280 f.
 - eigene Steuer, keine 278
 - Eigenmittelsystem 278, 330, 341 f.
 - Einbeziehung in die Aufgabenkompetenzordnung 389, 492
 - Einbeziehung in die Ausgabenkompetenzordnung 329, 492
 - Einbeziehung in die Einnahmenertragskompetenzordnung 341
 - Grundfreiheiten (s. Grundfreiheiten, europäische)
 - institutionelle Struktur, Konstitutionalismus 494
 - Kompetenzen (s. Kompetenz, überstaatlicher Einrichtungen)
 - Kontrolle der mitgliedstaatlichen Haushaltsdefizite 331, 491, 518
 - Leistungsdefinition im Haushalt 493 ff.
 - Nebeneinander von Kompetenzen (s. Kompetenz, Nebeneinander in der überstaatlichen Einbindung)
 - negative Integration 597, 624
 - Steuerharmonisierung 279
 - Subsidiaritätsprinzip 612 f.
 - Wettbewerbsschutz 389
- Existenzminimum, als Besteuerungsgrenze 134
- Experimentierklauseln, haushaltsrechtliche 456
- Faktizität (s. Kompetenzübergreif, zwischen Recht und Faktizität)
- Finanzausgleich, bundesstaatlicher 114, 141, 339, 385
- Finanzgewalt, Struktur der 2 f., 25 f.
 - Abweichungsoffenheit 625 f.
 - Annäherung, faktische 18, 522 f., 620 f.
 - Ausdifferenzierung 104, 537, 571
 - als Auslegungshilfe 620 f.
 - Definition 2 f.

- dogmatische Strukturierung 25 f., 571
- dogmatische Tragfähigkeit 209, 537
- Entdifferenzierung, schwächende 19, 523
- geschichtliche Entwicklung 30 ff.
- Gewährleistung durch kompetenzrechtliche
 - Kompetenzausübungsschranken (s. Kompetenzausübungsschranke, kompetenzrechtliche, Gewährleistung der Aufgliederung der Finanzgewalt)
- heuristische Natur 25, 537
- als inhaltliche, Funktionen und Gewalten vorausliegende Gliederung 4, 585, 615
- kontingent, historisch 108 f., 475, 639 ff.
- normativer Erklärungswert 26
- Ökonomisierung (s. Ökonomisierung, in der Struktur der Finanzgewalt)
- Prinzipiengeprägtheit 625 f.
- als Referenzgebiet 28, 615 ff.
- Stabilisierung 589 ff., 617
- nach verfassungsrechtlichem Bild 211 ff.
- verfassungsrechtlich geboten 108 f., 475, 635 f.
- Verlust an Kompetenz- und Formenstrenge 523
- Weiterentwicklung, effizienzförderliche 489 f., 516, 631 ff., 641 ff.
- Finanzierung, freiwillige 173 f., 182
- Finanzierungszwecke, in der Struktur der Finanzgewalt 106 f.
- Finanzklassizismus 81
- Finanzliberalismus 81
- Finanzplanung, mittelfristige 320, 463, 518 f.
- Finanzplanungsrat 463, 519, 643
- Finanzstaat (s. auch Finanzgewalt, Struktur der)
 - Flucht in das Aufgabenrecht 693
 - Privatisierung finanzierungsbedürftiger Gemeinwohlaufgaben (s. Privatisierung, von Staatsaufgaben)
 - privatwirtschaftliche Rationalität (s. Ökonomisierung, in der Struktur der Finanzgewalt)
- Finanzverfassung
 - Begrenzungs- und Schutzfunktion 548
 - als Folgeverfassung 167, 172, 200
 - Finanzwirtschaft, Kreislauf 2 f., 571
 - Fiskalismus 75
 - Fiskalzweck, der Steuer (s. Steuerzweck, fiskalischer)
 - Folgenunschärfe
 - von entgeltenden Abgaben (s. entgeltende Abgaben, Folgenunschärfe)
 - von Lenkungssteuern (s. Lenkungssteuern, Folgenunschärfe)
 - Folgerichtigkeit
 - der entgeltenden Abgabenausgestaltung 399
 - der Steuerausgestaltung 135 f.
 - Folgeverfassung (s. Finanzverfassung, als Folgeverfassung)
 - Fondswirtschaft und -verwaltung 32, 71
 - Formen (s. Handlungsformen)
 - Freiheit
 - staatlich geschaffene 419 f., 424 ff.
 - vorausliegende 419 f.
 - Friauf, Karl Heinrich 258
 - Friedrich der Große 57
 - frühneuzeitlicher Ständestaat (s. Ständestaat, der frühneuzeitliche)
 - Funktion, staatliche 3
 - Funktionsordnung, horizontale
 - und entgeltende Abgaben 372 ff., 403 ff., 434 f.
 - Gewährleistung durch kompetenzrechtliche Kompetenzausübungsschranken (s. Kompetenzausübungsschranke, kompetenzrechtliche, Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und horizontaler Funktionsordnung)
 - Grundsatz 3 f.
 - und leistungsgebundene Haushaltsansätze 476 ff., 504 ff.
 - und Lenkungssteuer 249 ff., 318 ff., 337 f.
 - Maßstab aus dem berührten Teilbereich der Finanzgewalt 531
 - und mittelbares Wirksamwerden 530 f.
 - Vorbehaltsgenommatik 538 f., 553, 555
 - Gebühr
 - Begriff 347, 378
 - Benutzungsgebühr 348

- Ressourcennutzungsgebühr 349
- Verleihungsgebühr 349, 362
- Verwaltungsgebühr 348
- Gegenleistungsfreiheit, im Steuer-
tatbestand 120
- Geldleistung, im Steuertatbestand 119
- Gemeingebrauch 427
- Gemeinwohl
 - und globale Wettbewerbsordnung 618 f.
 - parlamentarische Bestimmung 479 ff.,
482
- Gerechtigkeit, im Finanzstaat
(s. Transfergerechtigkeit)
- Gerloff, Wilhelm 91 f.
- gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht,
Grundsatz 193, 518
- Gesetz
 - im Absolutismus 73 f.
 - allgemeines 89 ff., 155 f.
 - formelles 79 f., 84, 90 f., 152
 - im Konstitutionalismus 78
 - materielles 79 f., 84, 90 f., 152
 - Rahmen-, Grundlagen- oder Maß-
stäbegesetze 479, 506
 - Verwischung der Grenze zur Rechts-
verordnung 524
 - als zentrales Steuerungsmittel 477
- Gesetzesfolgenabschätzung 507
- Gesetzesvorbehalt
 - aufgabenrechtlicher 161 ff., 250 f., 372,
434 f., 476 f.
 - bei Eingriffen in Eigentum und Freiheit
56, 78 ff., 128 f., 161
 - Einzelausprägungen 162 f.
 - finanzverfassungsrechtlich-bundes-
staatlicher 327
 - haushaltsrechtlicher 190 f., 321 f., 404 f.,
504 ff.
 - in der Leistungsverwaltung 161 f.
 - als Rechtmäßigkeitsanforderung 553
 - steuerrechtlicher 56, 128 f., 250 f., 338,
372, 502
 - bei Steuervergünstigung 129, 232
 - Totalvorbehalt 161 f., 477 f.
 - der Verfassung (s. Verfassung, Vorrang
und Vorbehalt)
 - Wesentlichkeitsvorbehalt 96, 163
- Gesetzesvorrang
 - aufgabenrechtlicher 163 f., 416 ff., 472
 - steuerrechtlicher 129 f.
 - der Verfassung (s. Verfassung, Vorrang
und Vorbehalt)
- Gesetzgebungsauftrag 153
- Gestaltungsraum, legislativer
 - bei entgeltenden Abgaben 352, 399, 538,
625
 - und Kompetenzübergreif 544
 - bei leistungsgebundenen Haushalts-
ansätzen 462, 538, 625, 640
 - bei Steuern 135 ff., 537 f., 625
- Gewährleistungsverantwortung (s. Ver-
antwortung, Gewährleistungs-
verantwortung)
- Gewalt, hoheitliche
 - Begriff 3, 210
 - als rechtlich gebundene Gewalt
(s. Souveränität, Hoheitsgewalt als
rechtlich gebundene Gewalt)
- Gewaltenteilung, horizontale
(s. Funktionenordnung, horizontale)
- Gewaltenteilung, vertikale
 - Grundsatz 3 f.
 - und entgeltende Abgaben 377 ff., 405 ff.,
435 ff.
 - und leistungsgebundene Haushalts-
ansätze 484 ff., 501 f., 510 f.
 - und Lenkungssteuern 256 ff., 324 ff.,
338 ff.
- Gleichgewicht, bundesstaatliches,
der Kompetenzen 547
- Gleichheit
 - staatlich geschaffene 424 ff.
 - im tatsächlichen Belastungserfolg 130,
136
 - in der Zeit 137
- Globaläquivalenz 59, 134
- goldener Zügel 174, 182, 493
- governance 469 f.
- Grundfreiheiten, europäische
 - und entgeltende Abgaben 438 f.
 - und Gewaltenabstimmung 609 ff.
 - als Kompetenzausübungsschranken 607 ff.
 - Konkurrenz mit den Beihilferegelungen
283 f.
 - und nationales Steuerrecht 282 f.
- Grundgesetz
 - geschichtliche Anknüpfung im Bereich
der Aufgabengewalt 95 ff., 150 f.

- geschichtliche Anknüpfung im Bereich der Ausgabengewalt 64 f., 178 f.
- geschichtliche Anknüpfung im Bereich der Einnahmengewalt 64 f., 110 f.
- Grundrechte
 - im Aufgabenrecht 161
 - Bindungswirkung 91
 - Einschränkung durch Kompetenzen 165 f.
 - und entgeltende Abgaben (s. entgeltende Abgaben, Freiheitsgrundrechte sowie entgeltende Abgaben, Gleichheitsgrundrechte)
 - und Gesetzgebungspflicht 153
 - Gewährleistung durch kompetenzrechtliche Kompetenzausübungsschranken (s. Kompetenzausübungsschranke, kompetenzrechtliche, Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und horizontaler Funktionenordnung)
 - als Grundlage des Leistungsfähigkeitsprinzips 131 ff.
 - im Haushaltsrecht 195 f.
 - als Kompetenzausübungsschranken 552, 573
 - und Kompetenzen (s. Kompetenz, und Grundrechte)
 - und leistungsgebundene Haushaltsansätze (s. leistungsgebundene Haushaltsansätze, Freiheitsgrundrechte sowie leistungsgebundene Haushaltsansätze, Gleichheitsgrundrechte)
 - und Lenkungssteuern (s. Lenkungssteuern, Freiheitsgrundrechte sowie Lenkungssteuern, Gleichheitsgrundrechte)
 - mittelbarer Eingriff, Dogmatik 527, 538 f., 564 f., 566 f., 578 f.
 - Rechtfertigungsprüfung 566
 - Schutzbereichsausgestaltung durch Unverfügbarstellung 388
 - Schutzpflichten 153, 236, 428 f.
 - im Steuerrecht 127 f.
 - subjektiver Abwehrgehalt 577
 - Teilhabeanspruch 153, 424 ff.
 - Verhältnismäßigkeitsprinzip (s. Verhältnismäßigkeitsprinzip, Grundrechte)
 - Wertordnung 166
 - zunehmender Vorrang vor Kompetenzfragen (s. Kompetenzordnung,
- Hintanstellung hinter Maßstab der Rechtsstaatlichkeit, problematische)
 - Gubernative 532
- Haenel, Albert 84 f., 93
- Halbteilungsgrundsatz, im Steuerrecht 133, 233, 337
- Hamilton, Alexander 2
- Handlungsformen
 - des Aufgabenrechts 158 ff.
 - dogmatischer Zusammenhang mit Kompetenzen 209 ff., 550
 - des Haushaltsrechts 188 ff.
 - inhaltliches Wechselverhältnis mit Kompetenzen 105
 - Mißbrauch (s. mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente, Rechtserheblichkeit)
 - mittelbares Wirksamwerden (s. mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente)
 - numerus clausus (s. numerus clausus, der verfassungsgemäßen Abgabenarten)
 - Ökonomisierung (s. Ökonomisierung, der Handlungsformen)
 - Pflicht zu angemessener Wahl 236 f.
 - je nach Rationalität der unterschiedlichen Staatsorgane 480
 - und Schutzvorkehrungen, angemessene 591
 - des Steuerrechts 119 ff., 125 ff.
 - Unerheblichkeit der Formenwahl für mittelbares Wirksamwerden (s. mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente, Unerheblichkeit der Formenwahl)
 - Verlust an Formenstrenge 523 f.
- Handlungsinstrumente (s. Handlungsformen)
- Hatschek, Julius 94, 509
- Hausgut der Exekutive, Vollzug als 482, 508
- Haushalt
 - Bewirtschaftungscontrolling 458, 467 f., 483 f.
 - Deckungsfähigkeit 457, 502
 - Flexibilisierung 203, 456 f., 465, 502 f.
 - als Grundlage der Steuerbewilligung 46 f.

- institutionelle Titelstruktur 202, 454, 503
- Leistungsbindung (s. leistungsgebundene Haushaltsansätze)
- Manövriermasse 473
- Programmhaushalte 455
- als Rechtsgeschäft zwischen Parlament und Regierung 94, 509
- Spezialisierung 50, 504 f.
- als Steuerungsinstrument 202
- Übertragbarkeit 457, 502
- Vereinheitlichung 41 f.
- Vergrößerung der Titelstruktur 503, 507
- Zahlenwerk 506
- Zielorientierung 202 f.
- Zweckbindung, klassische 454, 459 f.
- Haushaltsausgleich
 - formeller 518
 - materieller 143
- Haushaltsfunktionen 196
- Haushaltsgesetz
 - erstmaliger Einsatz 48, 53
 - Feststellung des Haushaltsplans 186, 189
 - Gesamtentscheidung 504
 - Gesetz wie jedes andere 98, 471
 - als materieller Verwaltungsakt 84
 - als nur-formelles Gesetz 84, 98, 186, 185
 - als Organengesetz 195
 - periodisch erlassenes 52 ff.
 - Verhältnis zur Haushaltsordnung 189
 - Zurechnung, juristisch-normative 505 f.
- Haushaltsgrundsatzgesetz 185, 188 f.
- Haushaltsgrundsatz
 - des Bepackungsverbots (s. Bepackungsverbot, haushaltsrechtliches)
 - der Bruttoveranschlagung 190, 196 ff., 314, 322, 327
 - der Einheit 196 f., 401, 504
 - der Einzelveranschlagung 190, 196
 - der Gesamtddeckung 120, 196, 397, 447, 457
 - der Non-Affektation (s. Haushaltsgrundsatz, der Gesamtddeckung)
 - der sachlichen und zeitlichen Bindung 190 f., 196
 - der sachlichen und zeitlichen Spezialität 196
 - der Vollständigkeit 196 f., 314, 322, 327, 504
 - der Wirtschaftlichkeit 168, 193, 196, 198 f., 243 f., 316 f., 403, 518, 541, 565
- Haushaltsordnung 185, 189
- Haushaltsplan 186, 196
- Haushaltsrecht
 - Einbruchstellen in das Verwaltungsrecht 168, 490
 - Ermächtigungswirkung 186 f., 193 f.
 - Haushaltsbezug 184 ff.
 - Heterogenität 185
 - Innenwirkung 186 f., 194 f.
 - Reform von 1968/69 185, 192
 - Skalierung von Innen- und Außenwirkungen 516, 640
 - Verpflichtungswirkung 193
- Haushaltsrechts-Fortentwicklungsgesetz 456
- Haushaltsrechtsreform 203 f.
- Haushaltswirtschaft, Selbständigkeit der
 - Gebietskörperschaften 183 f.
- Heckel, Johannes 94
- Heller, Hermann 89, 93 f.
- Heuristik (s. Finanzgewalt, Struktur der, heuristische Natur)
- Höpker-Aschoff, Hermann 64, 110
- Hoffmann, Johann Gottfried 81
- Hoheitsgewalt (s. Gewalt, hoheitliche)
- Hoheitsrechte, im Ständestaat 69
- Homogenitätsgebot 274
- horizontale Funktionenordnung
 - (s. Funktionenordnung, horizontale)
- Impermeabilitätstheorie 96, 156
- Indienstnahme, von Privaten
 - (s. Privatisierung, von Staatsaufgaben)
- indirekte Steuern
 - EG-rechtliche Harmonisierung 279, 331
 - Geltung des Leistungsfähigkeitsprinzips 134 f.
 - Lenkungszwecke 225
- Individualverfassungsbeschwerde 577 f., 586
- Inflation (s. Währungsentwicklung)

- Innenwirkung des Haushaltsplans
(s. Haushaltsrecht, Innenwirkung)
- Integration, negative (s. Europäische Gemeinschaft, negative Integration)
- integrativer Untersuchungsansatz 20 ff.
- Isensee, Josef 170
- Isolierung der Einnahmengewalt (s. Einnahmengewalt, Isolierung, verfassungsrechtlich gebotene)
- Jellinek, Georg 79, 183, 581
- Justi, Johann Heinrich Gottlob von 57, 75, 127, 222
- Justiziabilität
- des Aufgabenrechts 158
 - der entgeltenden Abgabenerhebung 399
 - des Haushaltsrechts 187 f.
 - des Steuerrechts 125
 - einer Steuervergünstigung (s. Rechtsschutz, bei Lenkungsbesteuerung)
- Kameralistik 32, 41 f., 76
- Kammereinkünfte, landesherrliche 31, 47
- Kammerzieler 37
- Kernbereich exekutiver Verantwortung 163, 481, 508, 555
- Keynes, John Maynard 92
- Klock, Caspar 71
- Knies, Wolfgang 258
- Kohärenz 24, 571, 590, 617, 623
- Kollision zwischen Kompetenzen (s. Kompetenz, Kollision, indirekte oder diagonale)
- Kommerzialisierung 411 ff.
- Kompetenz
- Befassungsgegenstand 571 f.
 - als Bewirkungsbefugnis 550
 - dogmatischer Zusammenhang mit Handlungsformen 209 ff.
 - doppelte Abgrenzungsfunktion (Zuweisung und Schutz) 182, 327, 388
 - formaler Begriff in den kontinental-europäischen Rechtsordnungen 270, 567
 - und Freiheit 566 f., 579
 - Gegenstandsbezug 623 f.
 - Geltungsanspruch 548, 585, 621 ff.
 - und Grundrechte 574 ff., 578 f.
 - inhaltliches Wechselverhältnis mit der Handlungsform 105
 - kein Rechtfertigungsbedarf 566 f.
 - Kernbereich 545, 617, 624
 - Kollision, indirekte oder diagonale 621, 623
 - materielle Bedeutung (s. Aufgabenkompetenz, materielle Bedeutung)
 - Nebeneinander der Kompetenzkerne 590
 - Nebeneinander in der überstaatlichen Einbindung 390, 440
 - als Pflicht 112, 153, 183 f.
 - Randbereich 545
 - und Rechtmäßigkeit 571 f., 590 f.
 - Rechtszuordnung und Rechtsverwehrung 547 f., 576, 585
 - kraft Sachzusammenhangs 265, 554
 - subjektiver Abwehrgehalt 580 f., 583, 586
 - überstaatlicher Einrichtungen 591 f., 622
 - Verlust an Kompetenzstrenge 523 f.
 - Zusammenführung bei Hoheitsträgern 616
- Kompetenzanknüpfung 4
- Kompetenzauslegung
- extensive Auslegung (s. mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente, extensive Auslegung)
 - zur Feststellung eines Kompetenzübergriffs 545 f.
 - zur Feststellung der zulässigen Übergriffsintensität 556 f.
 - innerhalb eines finanzhoheitlichen Kompetenzbereichs 546, 557
 - im Verhältnis zwischen finanzhoheitlichen Kompetenzbereichen 545, 556 f.
- Kompetenzausübungsschranke, kompetenzrechtliche
- Anforderung an legislatives und exekutives Handeln 573 f.
 - und Ansätze des überstaatlichen Rechts zur Gewaltenabstimmung 603 ff.
 - Anwendungsrahmen 569 ff.
 - Ausgleich zwischen Wettbewerb und sozialen Belangen 618 f.

- Begriff 258
- Beispielsfälle (s. Beispielsfälle)
- im Binnenbereich der Aufgabengewalt 619 f., 621 ff.
- und Dogmatik des mittelbaren Grundrechtseingriffs 566 f., 578 f.
- Erweiterung durch Gemeinwohlzwecke 565 ff.
- Gewährleistung der Aufgliederung der Finanzgewalt 585 ff., 589 ff.
- Gewährleistung der einzelnen Kompetenzzuweisungen 585
- Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und horizontaler Funktionenordnung 587 f.
- und Kompetenzausübungsschranken aus der Bundestreue 582 f.
- Konkretisierung zulässiger Übergreifungsintensität 556 ff.
- und materielles Kompetenzverständnis 574 ff.
- in der privatwirtschaftlichen Einbindung 692 f.
- als Rechtmäßigkeitsschranke 553, 573
- Stabilisierung der Struktur der Finanzgewalt (s. Finanzgewalt, Struktur der, Stabilisierung)
- Symmetrie 597
- der Übergreifungsintensität, gegenüber entgeltenden Abgaben 379 ff., 405 f., 435 ff.
- der Übergreifungsintensität, gegenüber leistungsgebundenen Haushaltsansätzen 486 ff.
- der Übergreifungsintensität, gegenüber Lenkungssteuern 263 ff., 267 ff., 326 ff., 338 ff.
- in der überstaatlichen Einbindung 591 ff.
- Verallgemeinerung 535, 551 ff., 619 f.
- verfassungsprozessuale Berücksichtigung 576 ff.
- Kompetenzgrundlage
 - doppelte, horizontal 323, 374
 - doppelte, vertikal 257, 262, 325, 377 f., 485, 553
 - der entgeltenden Abgaben (s. entgeltende Abgaben, Kompetenzgrundlage)
 - der leistungsgebundenen Haushaltsansätze (s. leistungsgebundene Haushaltsansätze, Kompetenzgrundlage)
- der Lenkungssteuern (s. Lenkungssteuern, Kompetenzgrundlage)
- Kompetenz-Kompetenz 69, 83, 572
- Kompetenzmißbrauch, rechtswidriger 270 f.
- Kompetenzordnung
 - Alternativität und Ausschließlichkeit, als Grundsatz 547 f., 566
 - Einheit 266, 487, 554 f., 566
 - grundrechtsschützende Funktion 577, 587
 - Hintanstellung hinter Maßstab der Rechtsstaatlichkeit, problematische 588 f.
 - Maßstabgehalt, durchzusetzender 589
 - materielle 264, 326, 339 f., 381, 487
 - regel- und formgebende Funktion 587
 - in der überstaatlichen Einbindung 594 ff.
 - und Wirklichkeitsstruktur 623 f.
- Kompetenzübergriffe
 - Abweichung von fremder Ausgestaltung 564 f.
 - als Anknüpfungspunkte einer grundlagengerechten Abgrenzung 213 f.
 - der aufgabenrechtlichen Handlungsformen 171 ff., 379 ff., 405 f., 435 ff.
 - Ausschlußtatbestände 539 ff.
 - Begriff 4, 265, 450
 - in der geschichtlichen Entwicklung 105 f.
 - der haushaltsrechtlichen Handlungsformen 201 ff., 486 ff., 501 f.
 - Indiz von Prinzipienabweichungen 572 f.
 - Konkretisierung der berührten Kompetenzen 560 ff.
 - Kumulation (s. mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente, Kumulation)
 - der steuerrechtlichen Handlungsformen 144 f., 256 ff., 326 ff., 338 ff.
 - zwischen Recht und Faktizität 26 f.
- Kompetenzüberschneidungen 264 f., 539, 554

- Kompetenzverteilung, Gebot der strikten 266, 554
- Kongruenzgebot, zwischen Einnahmen und Ausgaben 143, 201
- Konnexitätsprinzip
- Anknüpfung der Finanzierungs- an die Verantwortungsverantwortung 180 f., 200, 325, 462 f.
 - Anknüpfung an legislative Veranlassung 181
 - im Grundgesetz 180 ff.
 - in den Landesverfassungen 645
- Konstitutionalismus
- Aufgabenkompetenzen 77 ff.
 - Einnahmen- und Ausgabenkompetenzen 42 ff.
- Kontingenz, in der Struktur der Finanzgewalt (s. Finanzgewalt, Struktur der, kontingent, historisch)
- Kontinuität, in der Struktur der Finanzgewalt (s. Finanzgewalt, Struktur der, verfassungsrechtlich geboten)
- Kontraktmanagement (s. Zielvereinbarungen, verwaltungsinterne)
- Kontrolldichte, gerichtliche (s. Justiziabilität)
- Konvergenz, in der Struktur der Finanzgewalt (s. Finanzgewalt, Struktur der, Annäherung, faktische)
- Kopfsteuerprinzip 132, 217
- Kopplungsverbot (s. mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente, Rechtserheblichkeit)
- Kosten- und Leistungsrechnung 457, 467 f.
- Kreditaufnahme (s. Staatsverschuldung)
- Kurhessischer Budgetkonflikt (s. Budgetkonflikt, Kurhessischer)
- Laband, Paul 79, 84, 96 ff., 156, 186, 469, 475, 639
- Lastengerechtigkeit (s. Transfereerechtigkeit)
- Lastengleichheit, steuerliche (s. Belastungsgleichheit, steuerliche)
- Lastentragungsprinzip, allgemeines 179 ff.
- Legalitätsprinzip, steuerrechtliches 128 ff.
- legislativer Gestaltungsraum (s. Gestaltungsraum, legislativer)
- Legitimation, demokratische
- klassisches Verständnis 531
 - Legitimationsgefüge, haushaltsrechtliches 505 f.
 - Legitimationsniveau 509 f., 531
 - Legitimationsstränge 531 f.
 - Lockerung, Wandel in der Verfassungsdogmatik 531 f.
 - des Parlaments 482
 - der Verwaltung 480
- Legitimation, verwaltungsautonome 532
- Leistung, haushaltsgesetzliche
- Begriff 457
 - Definitionskompetenz in der Verwaltungshierarchie 483, 510
- Leistungsfähigkeitsprinzip
- im Grundgesetz 130 ff.
 - indizgebende Bedeutung für Lenkungssteuern 216 ff., 309 f., 543 f.
 - Komplementärverhältnis zum Äquivalenzprinzip 371, 423 f.
 - Konkretisierung (s. Gestaltungsraum, legislativer, bei Steuern)
 - im Konstitutionalismus 56 ff.
 - und Steuerrechtfertigung 130 f.
 - verfassungsrechtlicher Geltungsgrund 131 ff.
 - unter der Weimarer Reichsverfassung 64
- leistungsgebundene Haushaltsansätze
- Auswirkungen auf die Ausgabengewalt 502 ff.
 - Befund 14 ff., 203, 454 ff., 502 f.
 - Beispielsfall einer haushaltsrechtlichen Leistungsbindung nach § 6a HGrG (s. Beispielsfälle, haushaltsrechtliche Leistungsbindung gemäß § 6a HGrG)
 - Effizienz 464 f., 626 f., 642 ff.
 - Entwicklungsdynamik (s. Entwicklungsdynamik, der leistungsgebundenen Haushaltsansätze)
 - Freiheitsgrundrechte 472, 503 f.
 - Gleichheitsgrundrechte 472, 503 f.
 - Interpretations- und Konkretisierungsfunktion 474
 - Kompetenzgrundlage 484 ff.
 - Rechtsfolgenumfang 459 f.
 - Scharnierfunktion, im föderalen Zusammenwirken 489 f., 511

- Übergriffe in die Aufgabengewalt (s. Aufgabenwirksamkeit, der leistungsgebundenen Haushaltsansätze)
- Übergriffe in die Einnahmengewalt (s. Einnahmewirksamkeit, der leistungsgebundenen Haushaltsansätze)
- Verfehlung der Vorgaben 474
- Wirkungskraft der einzelnen Verfassungsmaßstäbe 629 ff.
- Leistungsverwaltung, gesetzesfreie
 - Gesetzesvorbehalt (s. Gesetzesvorbehalt, in der Leistungsverwaltung)
 - haushaltsrechtliche Anleitung 169 f., 201, 541
 - Kompetenzgrundlage 154
- Lenkungsabgaben (s. entgeltende Abgaben, Lenkungsabgaben, Befund)
- Lenkungssteuern
 - im Absolutismus 76
 - Ausgestaltungsformen 223 f.
 - Auswirkungen auf die Einnahmengewalt 336 ff.
 - Befund 6 ff., 216 ff., 309 ff., 336
 - Beispielsfall des § 82a EStDV (s. Beispielsfälle, steuerrechtliche Vergünstigung des § 82a EStDV)
 - demokratische Gehalte 253 f., 323 f.
 - Effizienz 219 ff., 243 ff., 311 f., 626 f., 641 f.
 - Entwicklungsdynamik (s. Entwicklungsdynamik, der Lenkungssteuern)
 - Folgenunschärfe 221, 228, 236, 251, 338, 627
 - Freiheitsgrundrechte 230 ff., 337
 - Gleichheitsgrundrechte 237 ff., 314 ff., 337
 - Kompetenzgrundlage 256 ff., 262 f.
 - als milderes Mittel 242 f.
 - Mißbilligung, verfassungsrechtliche 632
 - Rechtsschutz (s. Rechtsschutz, bei Lenkungsbesteuerung)
 - Übergriffe in die Aufgabengewalt (s. Aufgabenwirksamkeit, der Lenkungssteuern)
 - Übergriffe in die Ausgabengewalt (s. Ausgabenwirksamkeit, der Lenkungssteuern)
 - Wirkungskraft der einzelnen Verfassungsmaßstäbe 629 ff.
- und Wirtschaftlichkeitsgrundsatz 316 f.
- Lenkungszweck, der Steuer (s. Steuerzweck, außerfiskalischer)
- Lückentheorie, Bismarcks 51, 84
- Magna Charta Libertatum 56
- Management by Objectives (MbO) 455
- Manövriermasse, haushaltsrechtliche (s. Haushalt, Manövriermasse)
- Markteinkommenstheorie, der Besteuerung 60, 134
- Maßnahmegesetz 152
- materielle Sichtweise, von Wirkungen (s. mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente, Rechts-erheblichkeit)
- Matrikularbeiträge, im Reich 62, 88
- Mayer, Otto 80
- Merkantilismus 73, 75
- Mischfinanzierung, normative Zurück-schneidung 645
- Mißbrauch, der Handlungsformen (s. mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente, Rechts-erheblichkeit)
- mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente
 - bereichsspezifische Feststellung 525
 - extensive Auslegung 526, 546
 - fehlendes, kein Kompetenzübergreif 540
 - Gewaltennäherung 524
 - Konkretisierung 527 f.
 - Kumulation 559 f.
 - materielle Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabenbegriffe als Feststellungsgrundlage 537 ff.
 - in der privatwirtschaftlichen Einbindung 690
 - Rechtserheblichkeit 526 f., 538, 543 ff.
 - Regelungsreflex (s. Aufopferungslage, staatshaftungsrechtliche)
 - Unerheblichkeit der Formenwahl 548 f.
- monetäre Signale, wie rechtliche Befehle 522
- Montesquieu, Charles-Louis de Secondat 3, 74
- Moser, Johann Jacob 31, 70
- Mußnug, Reinhard 477

- natürliche Ressourcen (s. Ressourcen, natürliche)
 Naturalleistungspflichten, und Lastengerechtigkeit 695
 Nebenhaushalte
 – Beeinträchtigung der Ausgaben-gesetzgebung 319
 – Verbot 198
 Nettoprinzip, objektives und subjektives 136
 Neues Steuerungsmodell 15, 201 ff., 455
 Neue Verwaltungssteuerung (s. Neues Steuerungsmodell)
 Neumann, Friedrich Julius 58
 New Public Management (s. Neues Steuerungsmodell)
 Nichtstörer, polizeirechtlicher 694
 Nominalansatz, der Steuern 144
 Normaletat 49
 Normenhunger der Verwaltung 478
 Normenkontrolle (s. Verfahren prinzipialer Normprüfung)
 Norminterpretation und -konkretisierung (s. leistungsgebundene Haushaltsansätze, Interpretations- und Konkretisierungsfunktion)
 Normkollision (s. Kompetenz, Kollision, indirekte oder diagonale)
 numerus clausus, der verfassungsgemäßen Abgabenarten 114 ff., 347, 528

 Ökonomisierung
 – durch entgeltende Abgaben 411 ff.
 – der Finanzgewalt 18, 23, 626 f.
 – der Gesellschaft 520
 – der Handlungsformen 521 f.
 – durch leistungsgebundene Haushaltsansätze 463 f.
 – durch Lenkungssteuern 219
 – in der öffentlichrechtlichen Dogmatik 521
 – der Staatlichkeit (s. Staat, als ökonomisierter Staat)
 – in der Struktur der Finanzgewalt 521 f., 686
 – durch das Vergaberecht 643
 Ökosteuer 115
 Opfertheorie, der Besteuerung 59, 131, 372

 Ordnungsverwaltung, und Lenkungssteuer 228 f., 236, 242
 ordre public-Vorbehalte 618
 Organadäquanz, der Aufgabenzuweisung 163, 480, 508, 532, 588
 Organgesetz (s. Haushaltsgesetz, als Organgesetz)
 Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) 455
 Organstreit 583 f.
 Organtreue, Grundsatz 584, 613

 Parlament
 – Autonomie 482
 – und Controlling 482, 508 f.
 – Entlastung 481, 506
 – Entscheidungsrationalität, ökonomische Überlagerung 520 f.
 – Entscheidungsrationalität, Stabilisierung 478 ff., 534
 – Erkenntnisfähigkeit, verfassungsrechtliches Bekenntnis 533
 – Gemeinwohl (s. Gemeinwohl, parlamentarische Bestimmung)
 – Parlamentsdemokratie, grundgesetzliche 533
 – Primärlegitimation (s. Legitimation, demokratische, des Parlaments)
 parlamentarische Selbstentäußerung von Verantwortung
 – durch entgeltende Abgaben 372 ff., 403 f., 434
 – durch leistungsgebundene Haushaltsansätze 476 ff., 504 ff.
 – durch Lenkungssteuern 249 ff., 319 ff., 337 f.
 Parlamentarische Steuerungsordnung 468
 Parlamentarisierung, des Regierungssystems 62 f., 89 ff.
 Parlamentsgesetz, allgemeines 89
 Paulskirchenverfassung 60 f., 86
 Periodisierung, des Haushalts (s. Ausgabenbewilligung, periodische)
 Periodizität, der Besteuerung 137, 234
 Piroth, Bodo 576
 Planning-Programming-Budgeting-System (PPBS) 455
 Positivismus, staatsrechtlicher 59, 131
 potestas legislativa 69 f., 73

- Preisintervention, wirtschaftsrechtliche 689, 691 ff.
- Preußischer Budgetkonflikt (s. Budgetkonflikt, Preußischer)
- Prinzipien
- Abwägbarkeit 625 f.
 - im Aufgabenrecht 166
 - im Haushaltsrecht 199 f.
 - im Steuerrecht 138 f.
- Prinzipiengprägtheit, des Finanzrechts (s. Finanzgewalt, Struktur der, Prinzipiengprägtheit)
- Prittitz, Moritz von 81
- Privatisierung, von Staatsaufgaben 160, 456, 687 f.
- Produkt (s. Leistung)
- Pütter, Johann Stephan 70
- Quasi-Märkte, verwaltungsinterne 414
- Querschnittcharakter des Wettbewerbsrechts 618 ff., 621
- Quersubvention 688 f., 691 ff.
- Rechnungshof
- Europäischer 507
 - laufende Kontrolle 480, 507 f., 643
- Recht, Rechtsnorm
- Ausweitung des Bereichs 95 f., 156
 - Begriff 90 f.
 - im staatlichen Binnenbereich 96
- Rechte, subjektive, klassische Zentrierung 642 f.
- Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen
- im Aufgabenrecht 160 ff.
 - dogmatischer Zusammenhang mit Kompetenzen 209 ff., 552 f., 590 f.
 - im Haushaltsrecht 190 ff.
 - und soziale Belange 618
 - im Steuerrecht 127 ff.
- Rechtsformneutralität, der Besteuerung 134, 234
- Rechtsmißbrauch (s. mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente, Rechtserheblichkeit)
- Rechtssatz 79 f., 84
- Rechtsschutz, bei Lenkungsbesteuerung 245 f.
- Rechtssphärentheorie 84, 90, 93, 96, 156, 157, 195
- Rechtsstaatsprinzip, formelles
- und entgeltende Abgaben 362 ff., 403, 416 ff.
 - Gewährleistung durch kompetenzrechtliche Kompetenzausübungsschranken (s. Kompetenzausübungsschranke, kompetenzrechtliche, Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und horizontaler Funktionenordnung)
 - und leistungsgebundene Haushaltsansätze 471 f., 503 f.
 - und Lenkungssteuern 227 ff., 313 f., 336 f.
 - Preisgabe, Wandel in der Verfassungsdogmatik 529 f., 532
 - Unerheblichkeit der Eingriffsgrundlage 529
- Rechtsstaatsprinzip, materielles (s. Grundrechte)
- Rechtsverordnung
- im Aufgabenrecht 152, 157, 158 f.
 - im Steuerrecht 125
 - Verwischung der Grenze zum Gesetz 524
- Referenzgebiet, Finanzgewalt als (s. Finanzgewalt, Struktur der, Referenzgebiet)
- Reformkommissionen, externe 524
- Regalien 31, 420, 553
- Regeln
- im Aufgabenrecht 166
 - im Haushaltsrecht 199 f.
 - im Steuerrecht 138 f.
- Regressionseffekt, der Steuervergünstigung 241
- Reich, Reichsebene 37 f., 52, 60, 86 ff.
- Reichspfennig 37
- Reichsverfassung von 1871 61 f., 86 f.
- Repartition 36
- Ressortzuständigkeiten
- bei entgeltenden Abgaben 374 f., 405, 435
 - bei leistungsgebundenen Haushaltsansätzen 482 ff., 510
 - bei Lenkungssteuern 252 f., 322 f.
- Ressourcen, natürliche
- staatliche Bewirtschaftung 419 f.

- Zugang bei existentieller Bedeutung 426
- Ressourcennutzungsgebühr (s. Gebühr, Ressourcennutzungsgebühr)
- Ricardo, David 81
- Rodi, Michael 259
- Römermonat 37
- Runde Tische 524
- Sanktionszwecke, der Abgabenerhebung 123
- Satzung
 - im Aufgabenrecht 152, 159
 - im Steuerrecht 126
- Schmidt-Aßmann, Eberhard 221
- Schmitt, Carl 89
- Schutzpflichten, grundrechtliche (s. Grundrechte, Schutzpflichten)
- Selbstverwaltungseinrichtungen, funktionale 532
- Septennatsgesetze 62, 88
- Skalierung haushaltsrechtlicher Innen- und Außenwirkungen (s. Haushaltsrecht, Skalierung von Innen- und Außenwirkungen)
- Smend, Rudolf 89
- Smith, Adam 57, 81, 127
- Solidaritätszuschlag 115
- Sonderabgaben
 - Ausgabenwirksamkeit 400 f., 453
 - Ausnahme vom Vollständigkeitsgrundsatz 314
 - Begriff 347
 - Budgetflüchtigkeit 401, 541
 - Einnahmewirksamkeit 352 ff., 453
 - materieller Gehalt 527
 - Motive 402
 - und Verbot von Nebenhaushalten 198
- Sonnenfels, Joseph von 75
- Souveränität
 - Allzuständigkeit des Staates 550 f., 552, 572
 - anglo-amerikanisches Verständnis 553
 - funktionelles Verständnis 614
 - Hoheitsgewalt als rechtlich gebundene Gewalt 590
 - kontinental-europäisches Verständnis 552 f., 567, 572, 573
 - territoriales Verständnis 614
- soziale Belange (s. Gemeinwohl)
- Sozialstaatsprinzip 140 f.
- Sozialversicherungsrecht
 - Bedeutung für die Finanzwirtschaft 172
 - Wildwuchs der Regelungsformen 524
- Sperrvermerke, haushaltsrechtliche 317
- Spezialisierung der Haushaltsansätze (s. Haushalt, Spezialisierung)
- Staat
 - Abgabenstaat (s. Abgabenstaat, als Prinzip)
 - Allzuständigkeit (s. Souveränität, Allzuständigkeit des Staates)
 - Bürokratiemodell (s. Bürokratiemodell des rationalen Staates)
 - als Dienstleistungsstaat 521
 - Finanzstaat (s. Finanzstaat)
 - und Kompetenzrahmen 550 f.
 - als ökonomisierter Staat 520 ff.
 - Steuerstaat (s. Steuerstaat, als Prinzip)
 - totaler 552
 - und Verfassung 550 f.
 - als wirtschaftender Staat 518 f.
 - als Wirtschaftsunternehmen 463, 521
- Staatsaufgabenlehre 68
- Staatsgewalt (s. Gewalt, hoheitliche)
- Staatsquote 319
- Staatsrechtslehre, Ökonomisierung (s. Ökonomisierung, in der öffentlichrechtlichen Dogmatik)
- Staatschatz 74
- Staatsverschuldung 118, 141, 518, 537
- Staatsvertragslehre 59, 131
- Ständestaat, der frühneuzeitliche
 - Aufgabenkompetenzen 69 ff.
 - Einnahmen- und Ausgabenkompetenzen 30 ff.
- Staffelregelung
 - Befund 400, 413
 - Gleichheit 429 ff.
- status
 - als Kategorie 581
 - negativus 581
 - passivus 183
- Steuer
 - Belastungsgrund (s. Belastungsgrund, steuerrechtlicher)
 - indirekte (s. indirekte Steuern)
 - konfiskatorische 122 f., 133, 226, 232 f.

- lenkende (s. Lenkungssteuern)
- moralische Entlastung 644
- notwendige 34
- Reichssteuer 37 f.
- Tatbestand, verfassungsrechtlicher 119 ff.
- verstetigte 54 ff., 234, 321
- wesensprägende Erscheinungsform obrigkeitlicher Staatsgewalt 530
- Zwecksteuer (s. Zwecksteuer)
- Steuerbegriff (s. Steuer, Tatbestand, verfassungsrechtlicher)
- Steuerbewilligungsrecht, ständisches
 - für außerordentliche Steuern 33 ff.
- Bewilligungspflicht 34
- Gestaltungsmacht 70 f.
- inhaltliche Schwächung 38 ff.
- Wegfall der Zweckbindung 45 f.
- Zweckbindung 34
- Steuergesetz, als Besteuerungsgrundlage 54 ff.
- Steuerkataster 36
- Steuermatrikel 36
- Steuerrechtfertigung 59, 130 f.
- Steuersatz
 - legislativer Ausgestaltungsraum 135
 - lenkende Ausgestaltung 223
 - Progression 240 f.
- Steuerschuld, lenkende Ausgestaltung 223
- Steuerstaat, als Prinzip 116 ff., 173, 339, 353, 536
- Steuertarif (s. Steuersatz)
- Steuerung, Neues Modell (s. Neues Steuerungsmodell)
- Steuerung, verfahrensbasierte 642 f.
- Steuerungsdiskussion Anfang der 1980er Jahre 642
- Steuervergünstigung
 - Aufhebung als subjektive Steuererhöhung 321
 - Befund (s. Lenkungssteuern, Befund)
 - Bestandsschutz 233 f.
 - und Gesetzesvorbehalt (s. Gesetzesvorbehalt, bei Steuervergünstigung)
 - Regressionseffekt (s. Regressionseffekt, der Steuervergünstigung)
 - Verschonungssubvention, Begriff 310
- Steuerverwaltung, ständische
 - Gründung 35 f.
 - Schwächung 40 f.
- Steuerzweck
 - Abgrenzung 224 f.
 - außerfiskalischer 80 ff., 91 ff., 121 ff., 218 f.
 - Dichotomie 251, 253, 338
 - fiskalischer 80 ff., 121 ff.
 - Hauptzweck und Nebenzweck 121 ff.
 - Nebenzwecklehre 82, 91 ff., 97
 - und Steuerwirkung 137 f.
 - tatbestandliche Vorzeichnung (s. Tatbestandsmäßigkeit, Steuerzweck)
 - Umverteilung 218
 - Verhaltenslenkung 218 f.
- Suarez, Francisco 36
- subjektive Rechte, klassische Zentrierung (s. Rechte, subjektive, klassische Zentrierung)
- Subsidiaritätsprinzip (s. Europäische Gemeinschaft, Subsidiaritätsprinzip)
- Substituierbarkeit, ökonomische 610
- Subsumtion 26
- Subvention
 - Begriff 217
 - zwischen Privaten (s. Quersubvention)
- Subventionsberichte, der Bundesregierung 311, 320
- Subventionskontrolle, WTO-rechtliche
 - Ähnlichkeit zur europäischen Beihilfenkontrolle 299 f.
 - Anreicherung durch das Leistungsfähigkeits- und das Äquivalenzprinzip 603 ff.
 - Dogmatik der Anwendung auf Steuervergünstigungen 297 ff., 598 ff.
 - und entgeltende Abgaben 600 ff.
 - GATT-Regelungen 295
 - als negativ kontrollierende Aufgabengewalt 596 f.
 - Subventionsabkommen 295 f.
- Surrey, Stanley 310
- Symmetrie der Übergrißdogmatik (s. Kompetenzausübungsschranke, kompetenzrechtliche, Symmetrie)
- Systembildung 24, 26, 571
- Systemgerechtigkeit 272, 564, 590
- Tatbestandsklarheit 227 ff., 313 f., 362 ff., 403

- Tatbestandsmäßigkeit
- Abgabenzweck 374, 404
 - als allgemeine Anforderung an mittelbare Wirkungen 524, 558, 634
 - Aufgabenzweck leistungsgebundener Haushaltsansätze 487
 - Steuerzweck 235 f., 251, 338
- tax expenditures 310
- Teilhabe, grundrechtliche (s. Grundrechte, Teilhabeanspruch)
- Thomas von Aquin 36
- Tipke, Klaus 310
- Titelflexibilisierung (s. Haushalt, Flexibilisierung)
- Titelsperren und -entsperrungen, haushaltsrechtliche 317, 323, 483
- Titelspezialität (s. Haushaltsgrundsatz, der sachlichen und zeitlichen Spezialität)
- Titelstruktur, institutionell gegliederte (s. Haushalt, institutionelle Titelstruktur)
- Titelstruktur, Vergrößerung (s. Haushalt, Vergrößerung der Titelstruktur)
- Transfereerechtigkeit 695
- Transparenz 252, 362 f., 415, 473, 507, 509, 511
- Trzaskalik, Christoph 241, 263 f., 302
- Typisierungen 136
- Übergriﬀsdogmatik, kompetenzrechtliche (s. Kompetenzausübungsschranke, kompetenzrechtliche)
- Übergriﬀsintensität, kompetenzrechtliche (s. Kompetenzausübungsschranke, kompetenzrechtliche, Konkretisierung zulässiger Übergriﬀsintensität)
- überstaatliche Einbindung
- der Aufgabengewalt 20, 627
 - und kompetenzrechtliche Kompetenzausübungsschranken (s. Kompetenzausübungsschranke, kompetenzrechtliche, in der überstaatlichen Einbindung)
 - sektoral koordinierte Aufgabenwahrnehmung 492
- ultra vires 553, 572, 592 f., 622
- UMTS-Lizenzversteigerung 353 f., 358, 363 f., 368, 385 ff., 412 f., 414 f., 417, 422, 561 f., 660 ff.
- Umverteilung (s. Steuerzweck, Umverteilung)
- Universalität der staatlichen Aufgaben 155
- Usualmatrikel 37
- Verantwortung
- Gewährleistungsverantwortung 479, 688
 - Konzept abgestufter Sach- und Finanzierungsverantwortungen 490 f., 511
 - Verantwortungsverantwortung, Legitimationskonzept 532
- Verbindlichkeit
- des Aufgabenrechts 156 ff.
 - des Haushaltsrechts 186 ff.
 - des Steuerrechts 124 f.
 - des wirtschaftlichkeitssichernden Instrumentariums 518 f.
- Vereinbarungen, im Steuerrecht 130
- Vereinte Nationen, Haushalt 493 ff.
- Verfahren prinzipialer Normprüfung 578
- Verfassung
- Einheit 574 ff.
 - politische und rechtsstaatliche Elemente 588
 - Vorrang und Vorbehalt 96
- Verfassung des Norddeutschen Bundes 61, 86
- Verfassungsbeschwerde (s. Individualverfassungsbeschwerde)
- Verfassungsgüter, kollidierende 165
- Verfassungsorganreue (s. Organreue)
- Verfassungsprozeßrecht (s. Kompetenzausübungsschranke, kompetenzrechtliche, verfassungsprozessuale Berücksichtigung)
- Vergaberecht, Versubjektivierung 643
- Vergleich der Handlungsinstrumente 24, 625 ff.
- Verhältnismäßigkeitsprinzip, Grundrechte 566
- Verhaltenslenkung (s. Steuerzweck, Verhaltenslenkung)
- Verleihungsgebühr (s. Gebühr, Verleihungsgebühr)
- Verschonungssubvention (s. Steuervergünstigung, Verschonungssubvention)
- Verstetigung der Steuererhebung (s. Steuer, verstetigte)
- vertikale Gewaltenteilung (s. Gewaltenteilung, vertikale)

- Verwaltungsakt
 – im Aufgabenrecht 159
 – im Steuerrecht 125 f.
- Verwaltungsgebühr (s. Gebühr, Verwaltungsgebühr)
- Verwaltungsrecht, Ökonomisierung (s. Ökonomisierung, in der öffentlichrechtlichen Dogmatik)
- Verwaltungsverantwortung (s. Verantwortung, Verwaltungsverantwortung, Legitimationskonzept)
- Verwaltungsverordnung 157
- Verwaltungsvorbehalt 163, 508
- Verwaltungsvorschrift
 – im Aufgabenrecht 157, 160
 – im Steuerrecht 126 f.
- Vielsteuersystem 135
- Völkerrecht (s. überstaatliche Einbindung)
- Vorbehalt des Möglichen 171
- Währungsentwicklung 144
- Wagner, Adolph 81 f., 92
- Wahlschuld 231
- Weimarer Reichsverfassung
 – Aufgabenkompetenzen 89 ff.
 – Einnahmen- und Ausgabenkompetenzen 62 ff.
- Wertordnung der Grundrechte (s. Grundrechte, Wertordnung)
- Wettbewerb, und Gemeinwohl (s. Gemeinwohl, und globale Wettbewerbsordnung)
- Wettbewerbsrecht, Querschnittcharakter (s. Querschnittcharakter des Wettbewerbsrechts)
- Widerspruchsfreiheit, der Rechtsordnung 260 f., 271 ff., 564, 568
- Wiener Kongreß 43 f.
- Wirklichkeitsstruktur 26, 265, 623 f.
- Wirksamwerden, mittelbares (s. mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente)
- Wirkung
 – mittelbare (s. mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente)
 – nicht zurechenbare, faktische (s. Abhängigkeiten, nicht zurechenbare)
- Wirkungskopplung (s. mittelbares Wirksamwerden, der Handlungsinstrumente, Rechtserheblichkeit)
- Wirtschaftlichkeitsgrundsatz (s. Haushaltsgrundsatz, der Wirtschaftlichkeit)
- Wirtschaftslenkung
 – im Absolutismus 75 f.
 – unter dem Grundgesetz 519
- Wirtschaftsrecht, Aufgabenfinanzierung bei Privatisierung 687 f.
- Wohlfahrtspolizei 74
- World Trade Organisation
 – Ansätze zur Gewaltenabstimmung 603 ff.
 – eigene Steuer, keine 294
 – Kompetenz (s. Kompetenz, überstaatlicher Einrichtungen)
 – Leistungsdefinition im Haushalt 495
 – Subventionskontrolle (s. Subventionskontrolle, WTO-rechtliche)
- Zacher, Hans 310
- Zahlungsfähigkeit
 – Leistungsfähigkeit als 133
 – tatsächliche 143 f., 424
- Zero Base Budgeting (ZBB) 455
- Zielvereinbarungen, verwaltungsinterne 462, 465, 483 f.
- Zugangshürden, abgabenrechtliche 418 ff.
- Zulagenvergabe 223 f., 319 f.
- Zurechnung, der Lenkungswirkung (s. Tatbestandsmäßigkeit, der Lenkungswirkung)
- Zuständigkeiten der Ressorts (s. Ressortzuständigkeiten)
- Zweckabgabe 448, 460 f.
- Zweckbindungsvermerk 447
- Zweckmäßigkeit 27
- Zwecksteuer
 – Anknüpfung des Haushaltsrechts, verfassungsgemäße rechtliche 450 ff., 541
 – Ausnahme vom Prinzip der Non-Affektation 447 ff.
 – Befund 120 f., 447 f.
 – und entgeltende Abgabe 449 f.
 – Motive 448 f.
- Zweitmotiv, haushaltsrechtliche Wirtschaftlichkeit als 170, 417

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht – Alphabetische Übersicht

- Axer, Peter*: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49*.
- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
- Beaucamp, Guy*: Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht. 2002. *Band 85*.
- Becker, Joachim*: Transfergerechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68*.
- Blanke, Hermann-Josef*: Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57*.
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48*.
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*.
- Britz, Gabriele*: Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60*.
- Bröhmer, Jürgen*: Transparenz als Verfassungsprinzip. 2004. *Band 106*.
- Brüning, Christoph*: Einstweilige Verwaltungsführung. 2003. *Band 103*.
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37*.
- Bultmann, Peter Friedrich*: Beihilfenrecht und Vergaberecht. 2004. *Band 109*.
- Butzer, Hermann*: Fremdsten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72*.
- Calliess, Christian*: Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71*.
- Classen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
- Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Grundrechtsordnung. 2003. *Band 100*.
- Cremer, Wolfram*: Freiheitsgrundrechte. 2003. *Band 104*.
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
- Dederer, Hans-Georg*: Korporative Staatsgewalt. 2004. *Band 107*.
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
- Dörr, Oliver*: Der europäisierte Rechtsschutzauftrag deutscher Gerichte. 2003. *Band 96*.
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27*.
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32*.
- Fehling, Michael*: Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe. 2001. *Band 79*.
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34*.

- Fisahn, Andreas:* Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. 2002. *Band 84.*
- Frenz, Walter:* Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. 2001. *Band 75.*
- Gellermann, Martin:* Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61.*
- Grigoleit, Klaus Joachim:* Bundesverfassungsgericht und deutsche Frage. 2004. *Band 108.*
- Gröpl, Christoph:* Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67.*
- Gröschner, Rolf:* Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4.*
- Groß, Thomas:* Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45.*
- Grzeszick, Bernd:* Rechte und Ansprüche. 2002. *Band 92.*
- Guckelberger, Annette:* Die Verjährung im Öffentlichen Recht. 2004. *Band 111.*
- Gurlit, Elke:* Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63.*
- Häde, Ulrich:* Finanzausgleich. 1996. *Band 19.*
- Hase, Friedhelm:* Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64.*
- Heckmann, Dirk:* Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28.*
- Heitsch, Christian:* Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder. 2001. *Band 77.*
- Hellermann, Johannes:* Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54.*
- Hermes, Georg:* Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29.*
- Hösch, Ulrich:* Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56.*
- Hohmann, Harald:* Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich. 2002. *Band 89.*
- Holznapel, Bernd:* Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18.*
- Horn, Hans-Detlef:* Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42.*
- Huber, Peter-Michael:* Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1.*
- Hufeld, Ulrich:* Die Vertretung der Behörde. 2003. *Band 102.*
- Huster, Stefan:* Die ethische Neutralität des Staates. 2002. *Band 90.*
- Ibler, Martin:* Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43.*
- Jestaedt, Matthias:* Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50.*
- Kadelbach, Stefan:* Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36.*
- Kämmerer, Jörn Axel:* Privatisierung. 2001. *Band 73.*
- Kabl, Wolfgang:* Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59.*
- Kaufmann, Marcel:* Untersuchungsgrundsatz und Verwaltungsgerichtsbarkeit. 2002. *Band 91.*
- Kingreen, Thorsten:* Das Sozialstaatsprinzip im europäischen Verfassungsbund. 2003. *Band 97.*
- Kischel, Uwe:* Die Begründung. 2002. *Band 94.*
- Koch, Thorsten:* Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62.*
- Korioth, Stefan:* Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23.*
- Kluth, Winfried:* Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26.*
- Kube, Hanno:* Finanzgewalt in der Kompetenzordnung. 2004. *Band 110.*
- Kugelmann, Dieter:* Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65.*
- Langenfeld, Christine:* Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. 2001. *Band 80.*

- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Leisner, Anna*: Kontinuität als Verfassungsprinzip. 2002. *Band 83*.
- Lepsius, Oliver*: Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht. 2002. *Band 81*.
- Lorz, Ralph Alexander*: Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Luthe, Ernst-Wilhelm*: Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69*.
- Mager, Ute*: Einrichtungsgarantien. 2003. *Band 99*.
- Mann, Thomas*: Die öffentlich-rechtliche Gesellschaft. 2002. *Band 93*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Möstl, Markus*: Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. 2002. *Band 87*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morlok, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Müller-Franken, Sebastian*: Maßvolles Verwalten. 2004. *Band 105*.
- Niedobitek, Matthias*: Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66*.
- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
- Pache, Eckhard*: Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum. 2001. *Band 76*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Pielow, Johann-Christian*: Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58*.
- Poscher, Ralf*: Grundrechte als Abwehrrechte. 2003. *Band 98*.
- Publ, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Remmert, Barbara*: Private Dienstleistungen in staatlichen Verwaltungsverfahren. 2003. *Band 95*.
- Rodi, Michael*: Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52*.
- Rossen, Helge*: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
- Rožek, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Ruffert, Matthias*: Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts. 2001. *Band 74*.
- Sacksofsky, Ute*: Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53*.
- Šarcević, Edin*: Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55*.
- Schlette, Volker*: Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51*.
- Schmidt-De Caluwe, Reimund*: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
- Schroeder, Werner*: Das Gemeinschaftrechtssystem. 2002. *Band 86*.
- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
- Sobota, Katharina*: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
- Sodan, Helge*: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
- Sommermann, Karl-Peter*: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.

- Stoll, Peter-Tobias*: Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft. 2003. *Band 101*.
- Storr, Stefan*: Der Staat als Unternehmer. 2001. *Band 78*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
- Uerpmann, Robert*: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
- Unruh, Peter*: Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. 2002. *Band 82*.
- Wall, Heinrich de*: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
- Wolff, Heinrich Amadeus*: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
- Volkmann, Uwe*: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Voßkuhle, Andreas*: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
- Weiß, Wolfgang*: Privatisierung und Staatsaufgaben. 2002. *Band 88*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.